

**ALLES  
WAS  
ICH WILL**

**JUSOSTHÜRINGEN.DE**



**ANTRÄGE AN DIE  
LANDESKONFERENZ**

Schmölln, 12.07 bis 13.07.2014

# INHALTSVERZEICHNIS

A1	Alles was ich will: Sommer, Sonne, Thüringen	4
B1	Perspektiven der Thüringer Hochschulen	8
B2	Alles was ich will ist mehr Mitbestimmung in der Schule	9
B3	Resolution: Wir brauchen eine echte BAföG-Novelle	10
B4	Keine Verwahrlosug – Jugendämter ausfinanzieren	11
B5	Wir wollen ein Bildungssystem, nicht 16!	12
B6	Zivilklausel an wissenschaftlichen Einrichtung in Thüringen	13
B7	Bildungsfreistellung – jetzt!	13
B8	Den richtigen Weg weitergehen – Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen	14
C1	Gute Arbeit in der Sozialen Arbeit und Kindheitspädagogik	15
C2	Keine Irreführung an Unwissenden – Anpassung § 622 BGB	17
C3	Geringfügige Beschäftigungen (Minijobs) abschaffen	18
C4	Mindestlohn ohne Ausnahmen	19
C5	Durch Streick fällt man den Kapitalismus in die Spiechen – Für ein politisches Streikrecht!	19
D1	Kein Koalitionsvertrag ohne Wahlrecht für die Jugend	21
D2	Demokratisierung vorantreiben – aktives Wahlrecht ab16!	21
D3	Wahlssystem für den Ausscgus der Regionen und im Kongress der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas beim Eurorat	22
D4	Politische Meinungsbildung in den Kommunen verbessern	23
D5	Wahlrecht für nicht EU-AusländerInnen	24
E1	Wahlversprechen halten – für die völlige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften	27
E2	Schluss mit der systematischen Diskriminierung ALG!!-EmpfängerInnen	29
E3	Inklusion braucht mehr!	30
E4	Zugang zu öffentlichen Sprtplätzen erhalten	32
E5	Einführung eines thüringenweiten Azubitickets	33
E6	Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge – Keine Privatisierungen	33
F1	Reduktion der Antibiotikavergabe in der Tiermast zur Prävention bakterieller Resistenzen	34
F2	Verbot konventioneller Plastikverpackungen in der Lebensmittel- und Textilindustrie	35
F3	Biodiversität fördern – Lebensraum schützen	36
G1	Keine Zusammenarbeit mit der NPD	38
G2	Keine Zusammenarbeit mit AfD	38
H1	Politik ist mehr als nur Plakate hängen. Für einen anderen Politik- und Wahlkampfstil	39
H2	Politischer Wechsel in der Staatskanzlei	40
H3	Landesausschuss als Vernetzung- und Kontrollgremium	41
H4	Politik macht Spaß – Eine gemeinsame Stimme haben	41
H5	Abschaffung des Berufsbeamtentums	42
I1	Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sind keine sicheren Herkunftsstaaten!	43

J1 Gesellschaftliche Emanzipation statt Totalüberwachung im digitalen Zeitalter	43
K1 Ewige Juso Mitgliedschaft für den Strategen Torsten Zern	45
K2 Alles was ich will – Mehr Schweinebäuche für Alle	46
K3 Echtbratwurst in die Staatskanzlei	46

1

A1	Antragsteller: Landesvorstand <div style="float: right; text-align: right;"> <input type="checkbox"/> angenommen  <input type="checkbox"/> abgelehnt  <input type="checkbox"/> überwiesen an:         </div>
----	--

2 **Alles was ich will: Sommer, Sonne, Thüringen!**

3 **Wir haben Thüringen verändert**

4 Fünf Jahre sozialdemokratische Regierungsverantwortung haben Thüringen tiefgreifend  
 5 verändert. Wir haben Thüringen in vielen Bereichen modernisiert und Reformen für eine  
 6 erfolgreiche Zukunft eingeleitet. Die Niedriglohnstrategie haben wir beendet und gute Arbeit  
 7 zur Voraussetzung von öffentlicher Förderung gemacht. Arbeitssuchenden Menschen  
 8 haben wir eine Perspektive durch das Landesarbeitsmarktprogramm gegeben. Mit der  
 9 Initiative „Thüringen braucht dich“ haben wir jungen Menschen durch Berufsausbildung und  
 10 Weiterbildungen eine zweite Chance auf dem Arbeitsmarkt gegeben. Mit der Einführung der  
 11 Thüringer Gemeinschaftsschule haben wir den Rahmen für neue pädagogische Konzepte  
 12 geschaffen, die individuelle Förderung und Inklusion stärken. Das neue Kita-Gesetz hat  
 13 Thüringen zum Vorzeigeland für frühkindliche Bildung gemacht und das mittelalterliche  
 14 Familienbild der CDU gebrochen. Die finanzielle Situation von Vereinen, die sich  
 15 antifaschistisch engagieren haben wir mit dem Landesprogramm für Demokratie, Toleranz  
 16 und Weltoffenheit deutlich verbessert.

17 Ohne die SPD hätte es diese Veränderungen nicht gegeben. Ohne die CDU hätten weitere  
 18 wichtige Zukunftsprojekte umgesetzt werden können. Wir kämpfen für eine starke SPD und  
 19 für Heike Taubert als zukünftige Ministerpräsidentin, damit schon heute die  
 20 Herausforderungen von morgen gelöst werden.

21

22 **24 Jahre Arbeitsverweigerung sind genug!**

23 Viel erreicht, aber es bleibt einiges zu tun! Dieser Befund ist auch Ausdruck eines  
 24 Koalitionspartners CDU, der nicht regierungsfähig ist. Die CDU befindet sich in einem  
 25 selbstlähmenden Zustand aus Streit und Machtgerangel zwischen Mike Mohring und der  
 26 Landtagsfraktion auf der einen und Christine Lieberknecht auf der anderen Seite. Eine  
 27 Ministerpräsidentin ohne eigene Mehrheit in der CDU ist eine schwache Ministerpräsidentin  
 28 und schadet der Zukunft Thüringens.

29 Frau Lieberknecht hat zu verantworten, dass das Vertrauen der Bürger\_innen in politische  
 30 Entscheidungen gesunken ist. Gegen ihren Staatskanzleichef Gnauck wird ermittelt und die  
 31 Entlassung seines Vorgängers hat zu Ermittlungen gegen Frau Lieberknecht selbst geführt.  
 32 Personalpolitik wird nicht im Sinne Thüringens betrieben, sondern nach CDU-  
 33 Hinterzimmermanier.

34 Wichtige Zukunftsprojekte wie eine Funktional- und Gebietsreform, Schaffung von mehr  
 35 Erzeugerkapazitäten im Bereich der Windkraft, Stärkung von erneuerbaren Energien bei der

36 Wärmeversorgung, die Verbeamtung von Lehrer\_innen, eine zukunftsorientierte  
37 Schullandschaft und ein Bildungsfreistellungsgesetz sind mit der CDU nicht möglich.

38

39 Mit der CDU ist keine gemeinsame Regierungsverantwortung möglich. Eine Partei, die in  
40 fünf Jahren kein eigenes Projekt auf den Weg gebracht hat und sich auf die Sicherung des  
41 eigenen Personals beschränkt, gehört auf die Oppositionsbank.

42

### 43 **Ein Programm für junge Menschen**

44 Wir Jusos werden mit einem engagierten Wahlkampf unseren Beitrag leisten, dass Heike  
45 Taubert Ministerpräsidentin von Thüringen wird. Wir sind der einzige politische  
46 Jugendverband, der über 700 junge Menschen in Thüringen nach ihren Wünschen und  
47 Ideen für die politische Entwicklung Thüringens befragt und diese mit einbezogen hat. Wir  
48 haben dafür gesorgt, dass diese Themen Teil des SPD-Regierungsprogramms sind. Gute  
49 Ausbildung, eine moderne Bildungspolitik, ein Land, das sich für Weltoffenheit einsetzt, und  
50 eine verlässliche Jugendpolitik sind unsere Themen für einen erfolgreichen  
51 Jugendwahlkampf. Wir wollen stärkste Kraft bei den Jungwähler\_innen werden. Wir wollen,  
52 dass mit unserer Juso-Spitzenkandidatin, Diana Lehmann, wieder eine Stimme für junge  
53 Menschen im nächsten Landtag vertreten ist.

54

### 55 **Gute Ausbildung**

56 Gute Arbeit und gute Ausbildung sind die entscheidenden Voraussetzungen, um junge  
57 Menschen in Thüringen zu halten. Ohne Perspektive auf einen guten Ausbildungsplatz oder  
58 eine sichere Beschäftigung mit gerechtem Lohn wird es nicht gelingen, Thüringen attraktiv  
59 für junge Menschen zu gestalten. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit der SPD für gute  
60 Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ein.

61 Mit uns wird die Ausbildungsqualität steigen. Wir setzen uns für eine intensivere Betreuung  
62 von Auszubildenden während der Ausbildung ein, nicht nur in der Berufsschule, sondern  
63 auch im Betrieb. Auszubildende sind keine preiswerten Arbeitskräfte. Sie müssen während  
64 der Ausbildung und auf ihrem Weg zu Fachkräften bestmöglich begleitet werden.

65 Ausbildung braucht außerdem Mobilität. Schon heute müssen Auszubildende häufig weite  
66 Wege auf sich nehmen, um ihren Ausbildungsplatz oder die Berufsschule zu erreichen.  
67 Damit junge Menschen das bewältigen können, werden wir ein Azubi-Ticket für den  
68 öffentlichen Nahverkehr einführen und in ausreichendem Umfang Plätze in schulnahen  
69 Internaten schaffen.

70 Ob eine Ausbildung erfolgreich ist, hängt häufig von der Frage ab, wie erfolgreich die  
71 Berufsorientierung verläuft. In Thüringen hat sich in den vergangenen Jahren ein dichtes  
72 Netz an Vorbereitungsmaßnahmen etabliert. Träger, Kommunen und Land bemühen sich  
73 um eine bestmögliche Betreuung. Um diese Maßnahmen zukünftig besser zu koordinieren,  
74 werden wird Jugendberufsagenturen schaffen, in denen alle Akteure der Berufsorientierung  
75 miteinander ins Gespräch kommen. Auf diesem Weg wollen wir Warteschleifen verhindern  
76 und eine zielgerichtete Beratung und Begleitung ermöglichen.

77

78 „Viel Arbeit, wenig Kohle? Alles was ich will ist gute Ausbildung!“ ist unsere Antwort auf  
79 unbesetzte Lehrstellen und den drohenden Fachkräftemangel.

80

### 81 **Gute Jugendpolitik**

82 Die SPD hat es geschafft, in dieser Legislatur die Mittel für die Jugendpauschale auf 11  
83 Millionen Euro zu erhöhen und mit einem Landesprogramm „Schulsozialarbeit“ dafür zu  
84 sorgen, dass Träger an ausgewählten Schulen Schulsozialarbeiter\_innen einsetzen können.  
85 Die Richtung stimmt, aber der Weg muss weiter gegangen werden. Gute Jugendarbeit  
86 braucht eine angemessene finanzielle Ausstattung. Darum werden wir die Jugendpauschale  
87 auf 15 Millionen Euro aufstocken.

88 Damit Jugend sich ausprobieren und entwickeln kann, bedarf es auch der nötigen  
89 Freiräume. Dazu braucht es Angebote im außerschulischen Bildungsbereich oder der  
90 Jugendkulturarbeit, als auch des Jugendclubs im Ort. Hierfür wollen wir die Mittel der  
91 Jugendpauschale erhöhen. Jugendliche müssen nicht 24 Stunden, rund um die Uhr  
92 „betreut“ werden. Selbstverwaltete Jugendclubs sind gute Belege für eigenverantwortliches  
93 und verantwortungsvolles Handeln Jugendlicher. Sozialarbeiter\_innen müssen nicht für  
94 junge Menschen entscheiden. Sie unterstützen die Ideen und die Anliegen junger  
95 Menschen. Das Fachkräftegebot darf auch in der Jugendhilfe nicht aufgeweicht werden.

96 Mit einer besseren finanziellen Ausstattung der Jugendpauschale können auch Angebote  
97 für Jugendliche in den Orten geschaffen werden, in denen es noch keine Jugendclubs oder  
98 keine mehr gibt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb der Jugendpauschale ein  
99 bestimmter Betrag speziell zur Sicherung der Arbeit in den Jugendclubs als „Jugendclub-  
100 Pauschale“ festgeschrieben wird.

101 Schulsozialarbeit wollen wir nicht nur als Landesprogramm mit zeitlich begrenzter  
102 Projektförderung. Wir wollen, dass es an jeder Schule eine\_n Schulsozialarbeiter\_in gibt und  
103 dass die Förderung gesetzlich geregelt ist. Das schafft Planungssicherheit und  
104 Verlässlichkeit und vor allem Vertrauen, das hier unbedingt nötig ist.

105 „Zu Hause Langeweile schieben? – Alles was ich will ist eine verlässliche Jugendpolitik“ ist  
106 das Motto für unsere Forderung nach einer verlässlichen Finanzierung der Jugendarbeit.

107

### 108 **Gute Bildung**

109 Von der Kita bis zur Hochschule wollen wir die hohen Bildungsstandards weiter ausbauen.  
110 Durch die Erhöhung des Einstellungskorridors von Lehrer\_innen, mehr Eigenverantwortung  
111 von Schulen, der Umsetzung des Entwicklungsplans Inklusion und spezieller Angebote zur  
112 Integration von Migrant\_innen werden wir die individuelle Förderung von Schüler\_innen  
113 weiter verbessern. Durch die Investitionsoffensive Schule werden alle Schüler\_innen in  
114 modernen Schulen in Thüringen lernen können.

115 Mit der Hochschulstrategie 2020 werden wir die verlässliche Finanzierung aller neun  
116 Thüringer Hochschulstandorte fortsetzen und über den Bedarf der allgemeinen  
117 Kostensteigerungen hinaus ausfinanzieren.

118

119 Die von der CDU geplanten Einsparungen im Bildungsbereich lehnen wir ab! Die  
120 Festschreibung des Anteils des Bildungsbudgets am Gesamthaushalt hat Kürzungen von 32  
121 Prozent zu Folge. Die CDU will zurück zur Aufbewahrungsstation Kindergarten, zu  
122 Studiengebühren und fehlenden Lehrer\_innen.

123 Über 72 Prozent der Befragten in unserer Jugendumfrage gaben Bildung als wichtiges  
124 Thema an. Wir werden unter dem Slogan „32 Prozent weniger für dich? – Alles was ich will  
125 ist gute Bildung!“ die Kürzungsgorgien der CDU klar benennen und verhindern.

126

### 127 **Weltoffenes Thüringen**

128 Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit hat die Finanzierung für  
129 gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus gesichert. Wir wollen das  
130 Landesprogramm zu einem echten Landesprogramm gegen Rechtsextremismus  
131 weiterentwickeln und der Verharmlosung durch Gleichstellung mit Linksextremismus ein  
132 Ende setzen. Wir wollen damit den präventiven Ansatz gegen Rechtsextremismus weiter  
133 stärken.

134 Wir wollen Zuwanderer\_innen eine Perspektive schaffen, egal aus welchen Gründen sie  
135 nach Thüringen gekommen sind. Dazu gehört für uns eine menschenwürdige und  
136 unterstützende Flüchtlingspolitik, ein Rechtsanspruch auf Sprachkurse, die Möglichkeit  
137 arbeiten zu gehen und Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gestaltung gesellschaftlicher und  
138 politischer Verhältnisse.

139 Mit dem Slogan „Rassismus und Intoleranz vor deiner Haustür? - Alles was ich will ist ein  
140 weltoffenes Thüringen!“ werden wir dafür werben.

141

### 142 **Unser Jugendwahlkampf – Alles was ich will: Sommer, Sonne, Thüringen!**

143 Junge Menschen sind nicht unpolitisch oder politikverdrossen! Das hat unsere  
144 Jugendumfrage eindeutig gezeigt. Sie wünschen sich eine andere Ansprache von  
145 Parteien. Mit einem eigenen Jugendwahlkampf werden wir sowohl mit klassischen Mitteln,  
146 aber auch mit neuen individuellen und kreativen Formen junge Menschen von unserem  
147 Programm überzeugen. Sie sollen sehen, dass Politik auch Spaß macht, dass es nicht um  
148 Politik in Hinterzimmern geht, sondern dafür sich für seine Wünsche und Ideale stark zu  
149 machen. Sie sollen merken, dass sie eine Stimme haben, die sie auch nutzen können und  
150 müssen. Sie sollen sehen, dass es sich lohnt zu kämpfen, weil man mit Engagement und  
151 Begeisterung etwas verändern kann – für sich und für andere.

152 Wir werden vor Ort Ansprechpartner\_innen für junge Menschen sein. Mit einem Kleinbus  
153 werden wir auf Thüringentour gehen und euch vor Ort unterstützen. Wir werden zeigen,  
154 dass die Jusos und die SPD Thüringen besser machen wollen.

155

**B1**

Antragsteller: Juso-Hochschulgruppen Thüringen

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

156

**157 Perspektiven der Thüringer Hochschulen**

158 Seit einigen Wochen ist die Finanzierung der Thüringer Hochschulen bis 2020 gesichert. Die  
 159 akademische Bildung bekommt damit in Thüringen den Stellenwert, die sie verdient. Die  
 160 Hochschulen in Thüringen sind ein Grundpfeiler für die Zukunft Thüringens. Sie stellen den  
 161 Bedarf an Fachkräften in Thüringen sicher, helfen den demographischen Wandel zu mildern  
 162 und sind eine der bedeutendsten Arbeitgeber im Freistaat. Mit ihren Forschungsinstituten  
 163 leisten sie ihren Beitrag zur Forschung in Deutschland.

164 Über die Finanzierung der Hochschulen hinaus, gibt es eine Reihe weiterer Themen, die  
 165 angegangen werden müssen.

**166 Wissenschaftlicher Nachwuchs**

167 An den Hochschulen in Thüringen arbeiten eine Vielzahl junger Leute als wissenschaftliche  
 168 Hilfskräfte. Die Mehrzahl der Beschäftigten arbeiten befristet und nicht selten zu geringen  
 169 Löhnen. Die Befristung erschwert es den Beschäftigten sich zu organisieren und  
 170 Ansprüche wie zum Beispiel Urlaub oder höhere Löhne durchzusetzen. Deswegen  
 171 brauchen wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen eine Interessenvertretung. Außerdem sollten  
 172 studentische Hilfskräfte einen Tarifvertrag mit dem Land aushandeln, um Ausbeutung  
 173 vorzubeugen. Denn gerade Studierende sind von prekärer Beschäftigung betroffen und  
 174 brauchen aufgrund ihrer geringen Organisationsmöglichkeiten, Sicherheit bei ihrer  
 175 wissenschaftlichen Arbeit.

**176 Demokratische Hochschulen**

177 Die Hochschulen in Thüringen werden von verschiedenen Gremien selbstverwaltet. In vielen  
 178 von ihnen sind auch Studierende anwesend, um deren Interessen zu vertreten. Nicht immer  
 179 haben die Studierenden dort ein Initiativ- und Antragsrecht. Dies ist allerdings unbedingt  
 180 nötig, wenn die studentischen Vertreter\*innen ihre Aufgaben dort erfüllen können.

181 In vielen Gremien sind die studentischen Vertreter\*innen in der Unterzahl. Damit alle  
 182 Statusgruppen an einer Hochschule (Professor\*innen, Mittelbau, Studierende)  
 183 gleichberechtigt vertreten sind fordern wir eine drittelparitätische Besetzung aller Gremien  
 184 der Selbstverwaltung der Hochschulen. Denn alle Angelegenheiten einer Hochschule  
 185 betreffen alle Statusgruppen gleichsam.

**186 Ausfinanzierung des Studierendenwerks**

187 Das Studentenwerk Thüringen leistet wichtige Arbeit für die Studierenden in Thüringen. Es  
 188 betreut die Wohnheime und die Mensen. Dazu bietet es ein umfangreiches  
 189 Beratungsangebot für Studierende und fördert studentische Initiativen. Die Finanzmittel sind  
 190 auf 5 Millionen Euro festgeschrieben und sollen zukünftig jährlich evaluiert werden. Die  
 191 Arbeit des Studierendenwerks ist wertvoll und muss ausfinanziert werden. Deswegen  
 192 fordern wir einen Aufwuchs der Mittel um Personal- und Sachkosten und Inflation.

**193 Kooperation ist das Stichwort**



194 Der Hochschulentwicklungsplan 2020 der Landesregierung sieht die Kooperation von  
 195 Studiengängen und Hochschulen in Thüringen vor. Wir befürchten, dass die Kooperation  
 196 von Studiengängen auf Kosten der Studierenden geht. Wir sprechen uns gegen diese  
 197 Kooperationen aus, sollten sie sich nachteilig auf die Studierbarkeit von Studiengängen  
 198 auswirken. Dies soll jährlich in einer Befragung ermittelt werden.

199 Ähnliches gilt für die Zusammenlegung von Rechenzentren und anderer  
 200 Hochschulinfrastruktur. Stärken sollten sich ergänzen, dürfen sich aber nicht negativ auf die  
 201 Qualität dieser Einrichtungen auswirken.

## 202 **Interessenvertretung stärken**

203 Für uns ist die Konferenz Thüringer Studierendenschaften die einzige legitimierte  
 204 Studierendenvertretung auf Landesebene und muss auch von den Jusos mehr unterstützt  
 205 werden.

206

**B2**

Antragsteller: Juso Schüler\_innen Thüringen

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

207

## 208 **Alles was ich will ist mehr Mitbestimmung in der Schule**

209

210 Wir als Jusos Thüringen wollen eine Schule, die Schüler\*innen mehr  
 211 Partizipationsmöglichkeiten bietet. Wir wollen, dass Schüler\*innen mehr mitbestimmen  
 212 können. Die Direktwahl der Schülersprecher\*innen kann nur der erste Schritt gewesen sein.  
 213 Denn echte Mitbestimmung sieht anders aus.

214

## 215 **Ich will selbst entscheiden, was ich auf den Teller kriege!**

216

217 Wir wollen nicht, dass der Landkreis den billigsten Lieferanten für die Mensen der Schulen  
 218 auswählt. Die Schule, d.h. Schüler\*innen, Lehrer\*innen und Eltern, soll selbst durch eine  
 219 demokratische Wahl entscheiden können, was es nach der Schule zu essen gibt.

220

## 221 **Ich entscheide, wer Direktor wird**

222

223 In unserem Schulsystem bestimmen meist die Menschen, wer Schulleiter\*in wird, die im  
 224 Alltag nicht mit dieser Person als Schulleiter zu tun haben. Dabei sind Lehrer\*innen, Eltern  
 225 und Schüler\*innen, die Personen, die es mehr verdient haben, zu entscheiden, wer  
 226 Direktor\*in wird. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass jede 5 Jahre der\_ die Direktor\*in  
 227 gewählt werden muss.

228

## 229 **Ich entscheide, welcher Lehrplan mir besser gefällt**

230

231 Wir stehen für flexibleren Unterricht. Wir wollen keine starren Grenzen – vor allem in den  
 232 Geistes- und Sprachwissenschaften. Wir wollen, dass Lehrer\*innen mehr den Schüler\*innen  
 233 entscheiden lassen. Die Lehrer\*innen sollen, soweit es möglich ist, verschiedene Modelle  
 234 und Stoffeinheiten für ihren Unterricht anbieten. Das gibt den Schüler\*innen mehr

235 Motivation und mehr Möglichkeit zur Eigenverantwortung.

236

237 **Ich will, dass dieser Mensch hier Lehrer wird!**

238

239 Wir stehen für die eigenverantwortliche Schule. Wir wollen, dass Schulen selbst  
240 entscheiden, wen sie als Lehrer einstellen. Dazu gehört aber auch, dass Schüler\*innen  
241 mitabstimmen dürfen, wer eingestellt werden soll.

242

**B3**

Antragsteller: Kreisverband Weimar

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

243

244 **Resolution: Wir brauchen eine echte BAföG-Novelle**

245 Nachdem die Schwarz-Rote-Koalition im Bund mit der Rentenreform die zukünftig größte  
246 Wähler\*innen Gruppe beschenkt hat, sollte nun die Generation am Zug sein, die diese  
247 Reform zukünftig finanzieren soll. Gleichzeitig die Generation, die den meisten und  
248 aufwändigsten Wahlkampf für die SPD macht.

249 Vor einigen Wochen einigten sich Bund und Länder darauf, die Finanzierung das BAföG  
250 komplett zu übernehmen. Dies entlastet die Länder um mehr als eine Milliarde Euro. Es  
251 entzieht ihnen allerdings auch die Einflussmöglichkeit auf die Höhe des BAföG und auf die  
252 Aufrechterhaltung dieser Ausbildungsfinanzierung. Diese Angst ist nicht unbegründet: Die  
253 CDU und Annette Shavan warben bereits im Wahlkampf 2005 damit, das BAföG  
254 abzuschaffen.

255 Das BAföG soll im Wintersemester 2016/17 reformiert und erhöht werden. Die veranschlagte  
256 Summe dafür seien 500 Millionen Euro pro Semester. Dies ist eine viel zu geringe Summe,  
257 um die Beitragssätze an die Lebensrealität der Studierenden anzupassen.

258 Das BAföG soll ein Werkzeug sein, um allen Menschen ein Studium zu finanzieren, egal aus  
259 welcher Situation sie stammen. Das heutige BAföG baut eine Reihe von Hürden auf.  
260 Beispiele sind die an das Studium anschließende Verschuldung, ein Höchstsatz unter dem  
261 Existenzminimum, keine Toleranz für Einzelfälle und eine Berechnungsgrundlage, die an der  
262 Realität vorbei geht. Es verhindert, dass Kinder aus nicht-akademischen Haushalten sich  
263 bestärkt fühlen ein Studium aufzunehmen. Heute beziehen lediglich 20% aller Studierenden  
264 BAföG.

265 Um Chancengleichheit für Alle, die studieren möchten zu schaffen, brauchen wir:

266 – Das BAföG muss Elternunabhängig gezahlt werden. Alle sollen eine Chance auf ein  
267 Studium haben und nicht von der Willkür der Eltern oder ihrer Finanzschwäche abhängig  
268 sein

269

270 – Die Bedarfs- und Fördersätze müssen an den realen Bedarf angepasst werden und  
271 jährlich angepasst werden

272

273 – Das BAföG muss wie unter Willy Brandt als Vollzuschuss gezahlt werden, um die Angst  
274 vor Verschuldung zu verhindern

- 275  
276 – Das BAföG muss den Übergang von Bachelor zu Master beachten und auf  
277 Studienmodelle, wie ein Teilzeitstudium Rücksicht nehmen.  
278  
279 – Das BAföG darf nicht an die Regelstudienzeit gekoppelt sein. Noch immer sind viele  
280 Studiengänge nicht in der vorgesehenen Zeit zu studieren.  
281  
282 – Das BAföG darf keine Altersgrenze haben, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen  
283

**B4**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

284  
285 **Keine Verwahrlosung – Jugendämter ausfinanzieren!**  
286  
287 Wir, die Jusos Erfurt, fordern die SPD Thüringen auf, den finanziellen Ausbau der  
288 Jugendämter voranzutreiben mit dem Ziel der Schaffung eines Betreuungsverhältnisses von  
289 1:30.

**Begründung:**

292  
293 In der heutigen politischen Debatte werden die Jugendämter in schlechtem Licht  
294 präsentiert. Fehlende oder unzureichende Beratungsmaßnahmen für Eltern, zu spätes  
295 behördliches Eingreifen bei Vernachlässigung der Sorgspflicht und Verwahrlosung von  
296 Kindern stellen ein großes Problem dar.

297 Bedingt sind die momentan herrschenden, miserablen Zustände u.a. durch die Überlastung  
298 der Jugendämter und dem damit einhergehenden schlechten Betreuungsverhältnis  
299 zwischen Mitarbeiter\*innen der Jugendämter und Problemfällen. In Erfurt beträgt dieses  
300 Verhältnis aktuell 1:190, in vielen ländlichen Regionen ist die Betreuungssituation noch um  
301 ein vielfaches schlechter. Als Folge dessen, bleibt durchschnittlich nur noch eine (!) Stunde  
302 pro Fall im Monat. Zusätzlich sind die Ämter durch den massiven Personalmangel auf  
303 externe Einschätzungen von Pflegekräften, Ärzten, etc. angewiesen. Diese spielen dann  
304 wiederum eine entscheidende Rolle bei der Anordnung von Zwangsmaßnahmen, wobei die  
305 eigentliche Verantwortung dafür bei den Jugendämtern obliegt. Wie kann aber das  
306 Jugendamt eine umfassende und qualifizierte Beurteilung, wie sie die oft hochemotionalen  
307 und komplizierten Situation erfordern, abgeben, wenn sowohl Zeit als auch Personal dafür  
308 fehlt? Gerade in diesem Gebiet, wo es zwischen dem Wohl des Kindes und dem elterlichen  
309 Recht und der Pflicht auf Erziehung der eigenen Kinder abzuwägen gilt, ist es ein möglichst  
310 geringes Betreuungsverhältnis von höchster Bedeutung.

311 Hinzu kommt außerdem die hohe Fluktuation von Mitarbeiter\*innen in den betreffenden  
312 Ämtern. Im Durchschnitt arbeiten die Sozial- und Jugendpädagog\*innen 2-5 Jahre bei den  
313 jeweiligen kommunalen Stellen. Kontinuität, wie sie für eine lange Betreuung der Fälle und  
314 möglichst gute Arbeit immanent wichtig ist, kann so nicht erreicht werden. Zudem sind die  
315 Mitarbeiter\*innen einer extremen Arbeitsbelastung ausgesetzt.

316 Natürlich stellt die von uns geforderte Ausfinanzierung der Jugendämter nur einen Baustein

317 der in dem System von staatlichen und nichtstaatlichen Maßnahmen dar. Doch als eines der  
 318 Institutionen mit gesetzlichem Auftrag müssen Jugendämter ihre Arbeit und die damit  
 319 verbundenen Sanktionsoptionen bestmöglich und möglichst korrekt unter Begutachtung  
 320 aller Gesichtspunkte durchgeführt werden.

321  
 322 Aus diesem Grund ist die Ausfinanzierung der Jugendämter in höchstem Maße erforderlich.

323

**B5**

Antragsteller: Juso Schüler\_innen Thüringen

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

324

325 **Wir wollen ein Bildungssystem, nicht 16!**

326 Deutschland ist eine föderale Republik die aus 16 Bundesländer besteht. Die Bundesländer  
 327 haben einzelne Aufgabenbereiche über die sie unabhängig vom Bund bestimmen können.

328 Zu diesen Bereichen gehört die Schulpolitik. Das heißt, dass es für 16 verschiedene Länder,  
 329 16 verschiedene Ministerien, 16 verschiedene Minister\_innen, 16 verschiedene  
 330 Schulkonzepte (Unterschiede in Schulformen, Lerndauer, etc.) und 16 verschiedene  
 331 Lehrpläne für die jeweiligen Fächer, die dazu noch von Bundesland zu Bundesland  
 332 verschieden konzipiert sind. Als Folge gibt es mehr als 10 verschiedene Abiturprüfungen.

333 Diese Unterschiede in der Bildungspolitik behindern Umzüge von Bundesland zu  
 334 Bundesland, fördern Ungleichheit durch verschieden schwere Abiturprüfungen und  
 335 verursachen jede Menge Kosten.

336 Wir Jusos fordern das föderalistische Bildungssystem abzuschaffen und das Handeln in der  
 337 Bildungs- und vor allem der Schulpolitik zu vereinheitlichen.

338 Wir sind uns der historischen Beweggründe für diese Regelung der Bildungspolitik bewusst  
 339 sehen aber die Gefahr einer erneuten Ausnutzung des zentralen Schulsystems nicht. Wir  
 340 fordern ein Zentralabitur und zentrale Regelschul- und Hauptschulprüfungen. Bei all den  
 341 Forderungen sehen wir weiterhin die Einstellung der Lehrer\*innen als Aufgabe der  
 342 Bundesländer an. Die Schulnetzplanung soll weiterhin durch die Kommunen übernommen  
 343 werden. Für uns bedeutet die Abschaffung des Bildungsföderalismus gleiche  
 344 Bildungsstandards für alle.

**B6**

Antragsteller: Kreisverband Jena

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

345

346 **Zivilklausel an wissenschaftlichen Einrichtungen in Thüringen**

347

348 Die Jusos Thüringen fordern eine Selbstverpflichtung von öffentlichen Universitäten und  
 349 Fachhochschulen in Thüringen ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu forschen.

350

351 **Begründung:**

352

353 In Krisenzeiten stehen gerade Bildung und Wissenschaft in der Pflicht, zur Lösung  
 354 drängender gesellschaftlicher Probleme beizutragen und für menschenwürdige  
 355 Lebensverhältnisse und weltweiten Frieden zu forschen. Insbesondere Universitäten sollen  
 356 und können Strategien ziviler Konfliktlösungen entwickeln, Kriegsursachen ergründen und  
 357 für internationale Zusammenarbeit eintreten. Durch die Zusammenarbeit mit öffentlichen  
 358 Einrichtungen kann die Rüstungsindustrie ihre Forschungs- und Entwicklungskosten senken  
 359 und wird so durch öffentliche Mittel subventioniert, was besonders Ingenieur- und  
 360 Naturwissenschaften an Universitäten für die Rüstungsindustrie interessant macht.  
 361 Zunehmend jedoch werden Kooperationen zwischen Universitäten und Unternehmen der  
 362 Rüstungsindustrie geheim gehalten, um für möglichst wenig Aufsehen zu sorgen.

363  
 364 Zur Zeit des deutschen Faschismus haben die Hochschulen wesentlich zum  
 365 Vernichtungskrieg und zum Holocaust beigetragen. Als Lehre daraus sollte nach dem 2.  
 366 Weltkrieg die Wissenschaft nie wieder für menschenwidrige Partikularinteressen in Dienst  
 367 genommen werden, z.B. für die Rüstungs- oder Kriegsforschung. Heute aber wird die  
 368 Freiheit der Wissenschaft in ihr Gegenteil verkehrt: zur „Freiheit der Wissenschaft, sich zu  
 369 verkaufen“. So führt die zunehmende Abhängigkeit der Forschung von privaten  
 370 Geldgeberinnen und Geldgebern dazu, dass nur noch geforscht werden soll, wofür  
 371 Geldgeberinnen und Geldgeber bereit sind zu zahlen. Genau das aber widerspricht der  
 372 Wissenschaftsfreiheit. Frieden und eine zivile Orientierung der Wissenschaft sind dagegen  
 373 keine Partikularinteressen, sondern liegen im Interesse aller.

374

**B7**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

375

### 376 **Bildungsfreistellung - jetzt!**

377 Die SPD-Fraktion im neugewählten Landtag wird aufgefordert eine Koalition nur dann  
 378 einzugehen, wenn die Umsetzung eines Bildungsfreistellungsgesetzes für die  
 379 ArbeitnehmerInnen innerhalb des ersten Jahres der Legislatur im Koalitionsvertrag  
 380 festgesetzt ist.

381

### 382 **Begründung:**

383 Die Bildungsfreistellung ist seit 1994 ein zentrales Anliegen der Thüringer SPD, welches  
 384 immer wieder durch Sachzwänge und Kompromisse in den Hintergrund rückte. 2009 wurde  
 385 im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU eine Abmachung getroffen, die drauf zielte die  
 386 Bildungsfreistellung auch in Thüringen zu verwirklichen. Während andere Bundesländer  
 387 diese Bildungsfreistellung und damit eine zentrale Forderung der Gewerkschaften schon  
 388 längst erfüllt haben, bildet Thüringen mal wieder das Schlusslicht. Das muss sich in der  
 389 kommenden Legislaturperiode ändern!

390

**B8**

Antragsteller: Kreisverband Altenburg

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

- 391
- 392 **Den richtigen Weg weitergehen - Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen**
- 393 Dank der SPD in Regierungsverantwortung gibt es seit 2013 erstmals ein „Landesprogramm  
394 Schulsozialarbeit“, das Schulsozialarbeit (schulbezogene Jugendarbeit) an Thüringer  
395 Schulen fördert. Schulbezogene Jugendarbeit als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe ist  
396 dabei ein eigenständiger Arbeitsschwerpunkt am Lernort Schule. Sie ist ein professionelles  
397 sozialpädagogisches Angebot und unterstützt den Erziehungs- und Bildungsauftrag der  
398 Schule.
- 399 Wir Jusos begrüßen die Einführung dieses Programms und deren Umsetzung zu Beginn  
400 des Schuljahres 2013/2014 ausdrücklich, stellen aber auch fest, dass die rund 200 neu  
401 geschaffenen Stellen lediglich ein Anfang sein können. Ziel muss es sein, dass  
402 Schulsozialarbeit nicht nur im Besonderen an Regelschulen und berufsbildenden Schulen  
403 sondern flächendeckend an allen Schularten ausgebaut wird.
- 404 Denn die „Problemschule“ gibt es nicht. Kinder und Jugendliche sollten in all ihren  
405 Lebenslagen unterstützt werden. Sie sollten in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung  
406 gefördert werden. Im Besonderen müssen Schüler\_innen vor gefährdenden Einflüssen  
407 geschützt, zur Kritikfähigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Verantwortung gegenüber ihren  
408 Mitmenschen befähigt werden. Gute Schulsozialarbeit unterstützt und interveniert auch, wo  
409 Konfliktsituationen zwischen Schüler\_innen und Lehrer\_innen auftreten.  
410 Schulsozialarbeiter\_innen arbeiten eng mit der Lehrerschaft zusammen, um gerade  
411 Krisensituationen von Schüler\_innen oder Schulklassen (Mobbing, Schulabsenz,  
412 Kindeswohlgefährdung, Lernschwierigkeiten, Integration uvm.) zu lösen.
- 413 Wir Jusos sehen auch, dass in der derzeitigen Thüringer Regierungskoalition das Maximum  
414 an Zusammenarbeit mit der CDU – auch in dieser Frage - erreicht ist und insbesondere hier  
415 das Finanzministerium vorrangig die Ausgaben im Blick hat als die positiv Wirkung, die  
416 durch schulbezogene Jugendarbeit erzielt werden kann: sie kann Konflikte an Schulen  
417 lösen und unterstützt Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder.
- 418 Wir werden als Jusos die SPD beim flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit in  
419 Thüringen in der kommenden Wahlperiode unterstützen. Ziel ist für uns, dass künftig an  
420 jeder Thüringer Schule ein Angebot an schulbezogener Jugendarbeit vorhanden ist.

421

C1	Antragsteller: Landesvorstand	<input type="checkbox"/> angenommen
		<input type="checkbox"/> abgelehnt
		<input type="checkbox"/> überwiesen an:

422

### 423 **Gute Arbeit in der Sozialen Arbeit und Kindheitspädagogik**

424

425 Die Jusos Thüringen unterstützen die „Erfurter Erklärung für gute Arbeit in der Sozialen  
426 Arbeit und der Kindheitspädagogik.“ Wir fordern unsere Mitglieder auf, die Online-Petition  
427 unter <http://gutesozialearbeit.wordpress.com/> zu unterzeichnen.

428

429

430 Die Erklärung im Wortlaut:

### 431 **Erfurter Erklärung für gute Arbeit in der Sozialen Arbeit und der Kindheitspädagogik**

432 Die Arbeit von Sozialarbeiter\*innen und Kindheitspädagog\*innen ist von hoher  
433 gesellschaftlicher Relevanz. Auch in den nächsten Jahren wird der Bedarf an Fachkräften für  
434 die Arbeitsbereiche der Kindheitspädagogik und der Sozialen Arbeit ungebrochen hoch  
435 sein. Trotzdem wirkt sich der postulierte Fachkräftemangel bislang kaum im Sinne einer  
436 Verbesserung von Arbeitsbedingungen aus. Vielmehr wirken Rationalisierungs-,  
437 Ökonomisierungs- und Aktivierungsstrategien darauf hin, dass sich die Anforderungen an  
438 Fachkräfte erhöhen. Neben der Anerkennung durch gutes Einkommen und  
439 Beschäftigungsstabilität brauchen die Mitarbeiter\*innen Rahmenbedingungen, die dazu  
440 beitragen, Arbeitsbelastungen sowie Personalausfälle und -wechsel zu reduzieren. Das wirkt  
441 sich nicht nur auf das Wohlbefinden der Beschäftigten aus, sondern dient der Sicherung  
442 fachlich guter Arbeit im Sinne der Adressat\*innen sozial- und kindheitspädagogischer  
443 Angebote.

444 ***Aus diesem Grund fordern wir mit dieser Erklärung von Politik und Arbeitgebern in***  
445 ***Thüringen:***

### 446 **\* Schluss mit dem Missbrauch des Subsidiaritätsprinzips**

447 Staatliche Leistungen im sozial- und kindheitspädagogischen Bereich werden vielfach durch  
448 freie Träger erbracht. Die Entscheidung, ob und welcher freie Träger welche Aufgabe  
449 übernimmt, muss Regularien unterliegen, die eine Vergabe nach qualitativen Kriterien  
450 sicherstellt und den Einfluss rein fiskalischer Überlegungen für eine Trägerschaft minimiert.  
451 Es muss verhindert werden, dass in Verfahren der Anbieter gewinnt, welcher mit den  
452 niedrigsten Kosten und damit regelmäßig den niedrigsten Personalkostenansatz operiert. Es  
453 ist zu prüfen, welche privaten Dienste wieder in kommunale Trägerschaft zu überführen  
454 sind. Die derzeit gängige Praxis erfolgt zu Lasten der Arbeitnehmer\*innen. Diesen  
455 Missbrauch zu beenden ist Aufgabe vor allem der Kommunalpolitik.

456

457 **\* einen umfassenden Tarifvertrag Erziehung und Soziales**

458 Wir fordern einen umfassenden Branchentarifvertrag Erziehung und Soziales. Dieser soll  
459 sich an den Regelungen des Tarifvertrages des öffentlichen Sozial- und Erziehungsdienstes  
460 orientieren. Damit kann der Dumpinglohn-Wettbewerb auf den Rücken der Beschäftigten  
461 insgesamt in der Sozialwirtschaft unterbunden werden. Weiterhin fordern wir, dass  
462 Kindheitspädagog\*innen als eigenständige Berufsgruppe in diesen Tarifvertrag  
463 aufgenommen und entsprechend ihrer Hochschulqualifikation anerkannt werden. Wir  
464 fordern die großen Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Paritätischer Wohlfahrtsverband,  
465 Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Caritas) und die DGB Gewerkschaften VERDI und GEW  
466 auf, einen solchen Vertrag auszuhandeln und zu unterschreiben. Von der Politik erwarten  
467 wir diesen Vertrag für allgemeinverbindlich zu erklären und bei der Vergabe sozialer  
468 Dienstleistungen Tariftreue durch ein Tariftreuegesetz zur Bedingung zu machen.

469 **\* die Reduzierung von befristeten Anstellungen und unfreiwilliger Teilzeit**

470 In sozialen Berufen sind mehr als ein Drittel aller Angestellten atypisch beschäftigt.  
471 Befristungen mit kurzen Vertragslaufzeiten schaffen Unsicherheiten und begrenzen  
472 Berufsperspektiven. Unfreiwillige Teilzeit mindert die Chance auf ein existenzsicherndes  
473 Einkommen. Öffentliche Träger sind aufgefordert, verlässliche Finanzierungsaussagen zu  
474 treffen und grundständige Aufgaben des Sozialen nicht durch Projektförderung  
475 abzusichern. Anstellungsverträge im Rahmen von Projekten sind für die gesamte  
476 Förderdauer abzuschließen. Die Option auf eine Vollzeitbeschäftigung darf nicht der  
477 flexiblen Organisation von Personalressourcen zum Opfer fallen. Arbeitsverträge dürfen  
478 nicht an die Jährlichkeit öffentlicher Haushalte gekoppelt sein.

479 **\* verbindliche Personalbemessungsquoten**

480 Die Hälfte aller Beschäftigten in sozialen Berufen nennen zu knappe Personalbemessung  
481 als zentralen Grund für hohen Zeit- und Termindruck. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass  
482 Urlaubstage und Krankheitsausfallquoten sowie Vor- und Nachbereitung nicht angemessen  
483 in der Personalberechnung berücksichtigen werden. Im Ergebnis verzichten Beschäftigte  
484 auf Fort- und Weiterbildung und haben nicht ausreichend Zeit zur notwendige Vor- und  
485 Nachbereitung der Arbeit mit den Adressat\*innen. Damit wird den Beschäftigten eine  
486 Grundlage für qualitativ zufriedenstellende Arbeit entzogen. Gute Arbeit braucht eine  
487 angemessene Personalbemessung aufgrund wissenschaftlicher und fachlicher  
488 Erkenntnisse. Wir fordern die Revision bestehender Quoten und eine bedarfsgerechte  
489 Personalbemessung. Hierfür sind verbindliche Qualitätsstandards zu entwickeln und  
490 gesetzlich zu verankern.

491 **\* eine begleitete Berufseinstiegsphase**

492 Wie Sozial- und Kindheitspädagog\*innen den Einstieg in die Berufstätigkeit erleben und  
493 bearbeiten ist elementar für ihr weiteres professionelles Selbstverständnis und für den  
494 Transfer vom theoretischen Wissen in praktisches Können. Unbezahlte Praktika sind dafür  
495 ungeeignet. Wir fordern eine professionelle Begleitung im Rahmen der



496 Berufseinstiegsphase. Das schafft die Voraussetzungen junge Fachkräfte bei ihrer  
497 beruflichen Sozialisation angemessen zu unterstützen.

498 **\* gute Rahmenbedingungen für die Bearbeitung professioneller Herausforderung**

499 Pädagogische und soziale Arbeit mit Menschen erfordert ein permanentes Sich-einlassen  
500 der Professionellen auf die Lebenswelt und –entwürfe ihrer Adressat\*innen, ihre mitunter  
501 existenziellen Probleme und individuellen Bedürfnisse. Daraus ergeben sich für  
502 Sozialarbeiter\*innen und Kindheitspädagog\*innen professionsinhärente Belastungen, die  
503 sie nur für eine begrenzte Anzahl an Adressat\*innen und mit professioneller Unterstützung  
504 bewältigen können. Wir fordern daher die Begrenzung der Fallzahlen bzw. die  
505 Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation. Außerdem müssen ausreichend Zeit und  
506 Ressourcen für die kollegiale Fallberatung, Netzwerkarbeit und Supervision sowie die  
507 Einarbeitung von neuen Kolleg\*innen und die regelmäßige Anleitung von Praktikant\*innen  
508 zur Verfügung gestellt werden.

509 **\* eine der Tätigkeit angemessene sächliche Ausstattung der Arbeitsplätze**

510 Sowohl räumliche, materielle (z.B. Diensthandy, Kopierkosten usw.) als auch immaterielle  
511 Arbeitsmittel (z.B. Fortbildungen), welche für die Ausübung der dienstlichen Aufgaben  
512 erforderlich sind, müssen von den Arbeitgeber\*innen zur Verfügung gestellt bzw. finanziert  
513 werden. Diese Selbstverständlichkeit ist heute häufig nicht der Fall.

**C2**

Antragsteller: Kreisverband Jena

[ ] angenommen  
[ ] abgelehnt  
[ ] überwiesen an:

514

515 **Keine Irreführung an Unwissenden – Anpassung § 622 BGB**

516

517 Die Jusos Thüringen fordern die ersatzlose Streichung von § 622 Abs. 2 Satz 2 BGB  
518 (Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen)

519

520 Begründung:

521

522 Auszug § 622 BGB

523

524 „(2) Für eine Kündigung durch den Arbeitgeber beträgt die Kündigungsfrist, wenn  
525 das Arbeitsverhältnis in dem Betrieb oder Unternehmen

526

527 1. zwei Jahre bestanden hat, einen Monat zum Ende eines  
528 Kalendermonats,

529

530 2. fünf Jahre bestanden hat, zwei Monate zum Ende eines  
531 Kalendermonats,

532

533 3. acht Jahre bestanden hat, drei Monate zum Ende eines  
534 Kalendermonats,

535

536 4. zehn Jahre bestanden hat, vier Monate zum Ende eines  
537 Kalendermonats,

538

539 5. zwölf Jahre bestanden hat, fünf Monate zum Ende eines  
540 Kalendermonats,

541

542 6. 15 Jahre bestanden hat, sechs Monate zum Ende eines  
543 Kalendermonats,

544

545 7. 20 Jahre bestanden hat, sieben Monate zum Ende eines  
546 Kalendermonats.

547

548 Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Zeiten, die vor der Vollendung  
549 des 25. Lebensjahrs des Arbeitnehmers liegen, nicht berücksichtigt.“

550 Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil vom 19.01.2010 (Aktenzeichen C-  
551 555/07) bereits festgestellt, dass es sich hier um eine unzulässige  
552 Altersdiskriminierung handelt, der Satz findet daher in der praktischen  
553 Rechtsprechung keine Anwendung mehr.

554 Nichtsdestotrotz findet er sich weiterhin im Bürgerlichen Gesetzbuch und birgt damit  
555 die Gefahr, insbesondere juristisch unbedarfte Betroffene in die Irre zu führen und  
556 sie so von der Wahrnehmung ihrer Rechte abzuhalten. Daher ist es höchste Zeit,  
557 dass das BGB an die Rechtsprechung angepasst wird und die Zeilen verschwinden.

558

**C3**

Antragsteller: Kreisverband Weimar

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

559

### 560 **Geringfügige Beschäftigungen (Minijobs) abschaffen**

561 Wir fordern das geringfügige Beschäftigungsverhältnis abzuschaffen.

#### 562 **Begründung:**

563 4,7 Millionen Beschäftigte in Deutschland sind ausschließlich geringfügig beschäftigt. Das  
564 bedeutet, dass sie keinerlei Absicherung über die Sozialsysteme haben. Vor dem  
565 Hintergrund dessen, dass zunehmend sozialversicherungspflichtige Jobs in geringfügige  
566 Beschäftigungen umgewandelt werden, führt dies zu einer weitgehenden Prekarisierung der  
567 Arbeit in Deutschland und niedrigeren Löhnen. Minijobs entstehen verstärkt dort, wo  
568 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückgedrängt wird.

569 Quotenregelungen, die die Anzahl der geringfügig Beschäftigten begrenzen soll wären  
570 immer noch von der Zuverlässigkeit der Kontrollinstanzen abhängig und sind deswegen  
571 kein Mittel, um die Prekarisierung aufzuhalten.

572 Sozial verantwortlich handelnde Unternehmen sollen keine Nachteile erlangen, weil sie fair  
573 beschäftigen. Es soll Wettbewerbsgleichheit bestehen.

574 Für die Höhe der Krankenversicherungs- und Pflegebeiträge sind Mindestbeiträge  
575 einzuführen, um ein Dumping dieser Beiträge zu verhindern.

576

<b>C4</b>	Antragsteller: Kreisverband Jena	<input type="checkbox"/> angenommen
		<input type="checkbox"/> abgelehnt
		<input type="checkbox"/> überwiesen an:

577

### 578 **Mindestlohn ohne Ausnahmen**

579

580 Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:

581

- 582 1. Der Mindestlohn von 8,50 Euro muss flächendeckend und ohne Ausnahmen gelten.
- 583 2. Unterstützung des Bündnisses gegen Ausnahmen vom Mindestlohn.

584

585 Begründung:

586

587 Im Koalitionsvertrag heißt es: „Zum 1. Januar 2015 wird ein flächendeckender gesetzlicher  
588 Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde für das ganze Bundesgebiet gesetzlich  
589 eingeführt.“ Die jetzt von der Bundesregierung geplanten Ausnahmen für Jugendliche unter  
590 18 Jahren und Langzeitarbeitslose werden nicht erwähnt und müssen gestoppt werden. Sie  
591 sind unsozial, diskriminierend, stigmatisierend, demütigend und nicht mit dem Grundgesetz  
592 vereinbar.

593

594 Ohnehin befinden sich Langzeitarbeitslose und Jugendliche in einer schwachen  
595 Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt, daher müssen gerade diese Gruppen stärker  
596 unterstützt werden, anstatt sie an den Rand der Gesellschaft zu drücken. Die geplanten  
597 Ausnahmen würden eine Zwei-Klassen-Gesellschaft befördern. Jeder Mensch ist  
598 gleichwertig.

599

<b>C5</b>	Antragsteller: Kreisverband Südthüringen	<input type="checkbox"/> angenommen
		<input type="checkbox"/> abgelehnt
		<input type="checkbox"/> überwiesen an:

600

### 601 **Durch Streik fällt man dem Kapitalismus in die Speichen -** 602 **Für ein politisches Streikrecht!**

603

604 Der Streik stellt in Deutschland das wichtigste Mittel der Gewerkschaften im Arbeitskampf  
605 dar, ist aber auch nur – im Unterschied zu anderen Ländern – in diesem Rahmen zur

606 Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen zulässig. Viele Rahmenbedingungen, die die  
607 Produktions-, Arbeits- und damit Lebensverhältnisse der Menschen und den sozialen  
608 Zusammenhalt der Gesellschaft betreffen, resultieren dabei aber gar nicht nur aus den  
609 Entscheidungen der Arbeitgeber\_innen. Politische Regelungen wie die gesetzliche  
610 Legalisierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse hängen aber unmittelbar mit den Arbeits-  
611 und Wirtschaftsverhältnissen zusammen. Die Sozialdemokratie steht in der historischen  
612 Tradition der Partei, die die Kämpfe der Arbeiter\_innen und Gewerkschaften, die diese in  
613 ihren Betrieben führten, unterstützten, indem sie gewerkschaftlichen Forderungen  
614 Gesetzeskraft verliehen, wie man an der Einführung des 8-Stunden Arbeitstages 1918  
615 exemplarisch sehen kann, und somit auch die strukturelle Unterlegenheit der Arbeiter\_innen  
616 gegenüber den Arbeitgeber\_innen ausglich. Wir konnten in den letzten Jahrzehnten  
617 allerdings beobachten, dass die Sozialdemokratie teils aus fehlgeleiteter, dem  
618 Neoliberalismus verhafteter Programmatik, teils schlicht aus fehlenden Mehrheiten die  
619 Interessen der Arbeiter\_innen nicht immer parlamentarisch unterstützt hat oder unterstützen  
620 konnte.

621 Zudem stellen wir fest, dass kapitalistische Arbeits- und Produktionsbedingungen nicht nur  
622 Auswirkungen auf die eigentlichen Beschäftigungsbedingungen (wie Lohn, Arbeitszeit oder  
623 Urlaubstage) in den Betrieben und Unternehmen haben, sondern unser ganzes Leben und  
624 den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflussen. Wir erleben dies an der  
625 Ökonomisierung der Bildung; an der Orientierung und Einschränkung unserer Lebenszeit an  
626 der Erwerbsarbeit; an der schnellen Veränderlichkeit unserer Lebensentwürfe aufgrund der  
627 Tatsache, dass wir flexibel unterschiedliche Beschäftigungen an unterschiedlichen Orten  
628 annehmen sollen, mit allen Folgen, die das für unsere Familien, Beziehungen und  
629 Freundschaften hat; an der zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich, die den  
630 Wohlstand der einen auf Kosten der anderen bewirkt; an der Deprivation von Menschen  
631 ohne Arbeit oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen; an der Gängelung von  
632 Arbeitslosen, denen die Schuld dafür in die Schuhe geschoben wird, dass es dem  
633 kapitalistischen System nicht gelingt, Arbeitsplätze für sie zu schaffen, und die dafür noch  
634 soziale Ächtung und Exklusion erfahren, und an tausend Stellen mehr.

635  
636 Als Jungsozialist\_innen gehört es zu unserem Anspruch, allen Menschen die Möglichkeit zu  
637 geben, über die Verhältnisse, in denen sie leben, mitzuentcheiden. Das allgemeine  
638 Wahlrecht, beim dem jede\_r ungeachtet des (wirtschaftlichen) Einflusses seinen\_ihren  
639 Interessen Ausdruck verleihen kann, ist daher für uns das wichtigste Mittel der  
640 Mitbestimmung. Dies alleine reicht aber nicht. Unsere Gesellschaft benötigt eine weitere  
641 Möglichkeit, diejenigen Interessen stark zu machen, die sonst nur selten oder unzureichend  
642 gehört werden. Bürger\_inneninitiativen, Volksentscheide und Demonstrationen bergen bei  
643 allen Vorteilen immer die Gefahr, dass sie aufgrund mangelnder Verbindlichkeit ungehört  
644 verhallen oder dass Gruppen, die über mehr ökonomisches Kapital, über mehr Zeit, Wissen  
645 und Netzwerke verfügen, den öffentlichen Diskurs bestimmen können. Wir fordern daneben  
646 einen weiteren Weg der Interessenartikulation, wie er auch schon in anderen europäischen  
647 Ländern möglich ist: das politische Streikrecht.

648 Während einfache Demonstrationen häufig rein appellierenden Charakter gegenüber der  
649 Politik und privatwirtschaftlichen Unternehmen gegenüber so gut wie keine Auswirkungen  
650 haben, besteht der entscheidende Vorteil des politischen Streikrechts darin, dass hierdurch  
651 empfindlich das kapitalistische System getroffen wird. Der politische Streik als Kampfansage  
652 an unsoziale Politik, bei deren Entscheidungen viel zu häufig wirtschaftliche und

653 unternehmerische Interessen im Vordergrund stehen, setzt Politik wie Wirtschaft unter  
 654 Druck, einen Kurswechsel einzuleiten. Wenn Bänder still stehen und keine Produkte mehr  
 655 hergestellt werden; wenn Kinder nicht mehr betreut werden, und Eltern so die Betreuung  
 656 durch Fernbleiben vom Arbeitsplatz selbst organisieren müssen; wenn Arbeitnehmer\_innen  
 657 nicht mehr zu ihren Arbeitsstätten befördert werden, weil Bus und Bahn stillstehen usw.,  
 658 dann trifft das empfindlich das kapitalistische System. Durch das politische Streikrecht wird  
 659 ermöglicht, an den Stellen Druck auszuüben, wo aufgrund der dem Kapitalismus inhärenten  
 660 Logik des Profits die Ursache für Regelungen liegt, die unsere Arbeitskraft, unsere Zeit und  
 661 unsere Fähigkeiten ausbeuten. Der politische Streik bewirkt, dass auch die Wirtschaft auf  
 662 die Politik zur Umsetzung der Forderungen der Arbeitnehmer\_innen hinwirken muss, will sie  
 663 ihre Produktion am Laufen halten.

664 Wir Jusos werden mit den Gewerkschaften in den Austausch über diese Forderung treten  
 665 und sie zum Teil unserer Diskussion über den Weg in eine emanzipierte und bessere  
 666 Gesellschaft machen. Wir werden sie in Workshops weiterentwickeln und mit anderen  
 667 Arbeiter\_innenjugendverbänden diskutieren. Und wir werden sie gegenüber der SPD  
 668 vertreten und ihre Wichtigkeit nach außen unterstreichen.

669  
 670 Um gegen die Verhältnisse ankämpfen zu können, die unsere Leben, unsere Arbeit, unsere  
 671 Freizeit, unsere zwischenmenschlichen Beziehungen, unsere Zukunft bestimmen, bedarf es  
 672 eines legitimen Mittels, um dem kapitalistischen Rad in die Speichen zu fallen. Daher  
 673 fordern wir die grundgesetzliche Verankerung eines Rechts auf Streik auch dann, wenn  
 674 dieser nicht im Tarifkampf zwischen Arbeitsgeberverband und Gewerkschaft genutzt wird.  
 675 Daher fordern wir ein politisches Streikrecht!  
 676

**D1**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

677  
 678 **Kein Koalitionsvertrag ohne Wahlrecht für die Jugend**  
 679 Wir fordern die SPD Thüringen und die SPD-Kandidatinnen (und späteren Abgeordnete\_n)  
 680 für die Landtagswahlen 2014 in Thüringen auf, keinen Koalitionsvertrag zu unterschreiben,  
 681 solange in diesem nicht die Arbeit an einer Änderung des aktiven Wahlrechts für Kommunal-  
 682 und Landtagswahlen in Thüringen geregelt wird.

683 **Begründung erfolgt mündlich**  
 684

**D2**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

685  
 686 **Demokratisierung vorantreiben – aktives Wahlrecht ab 16!**  
 687  
 688 Wir fordern die **SPD Thüringen** auf, sich auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen,  
 689 die Sätze ThürKWG §1 (1) 1, ThürLWG §13 1, BwahIG §12 (1) 1, EuWG §6 (1) 1 „das

690 *achtzehnte* [bzw. '18.'] *Lebensjahr vollendet haben*“ durch „*das sechszehnte Lebensjahr*  
691 *vollendet haben*“ zu ersetzen.

692 Hiermit ergäbe sich ein aktives Wahlrecht ab 16 auf kommunaler, Landes-, Bundes- und  
693 Europäischer Ebene.

694

695 **Begründung:**

696

697 Der bekannte Satz „Demokratie braucht Demokraten“ von Friedrich Ebert ist weniger trivial,  
698 als er zunächst klingt. Nur wer früh in den demokratischen Prozess eingebunden wird,  
699 entwickelt ein Verständnis für demokratische Prozesse.

700 Es erschließt sich uns nicht, dass Minderjährige zwar ihren weiteren Ausbildungsweg  
701 bestimmen und Mitglied einer Partei werden, von Zuhause ausziehen und studieren oder  
702 sich sogar zur Bundeswehr melden dürfen, ihnen ein so grundlegendes Recht wie die  
703 Teilnahme an Wahlen aber vorenthalten wird.

704 Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,  
705 Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein besitzen bereits seit Jahren ein passives Wahlrecht  
706 auf kommunaler Ebene ab 16, ohne dass dort Chaos und Anarchie ausgebrochen wären.

707 Die Möglichkeit einer tatsächlichen ersten Wahlteilnahme könnte dadurch auch erheblich  
708 besser schulisch vorbereitet werden können, was auch die irrige Befürchtung entkräftet, alle  
709 jugendlichen wären rechtsextrem und wählten die NPD.

710

711

**D3**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

712

713 **Wahlsystem für den Ausschuss der Regionen und im Kongress der lokalen und**  
714 **regionalen Gebietskörperschaften Europas beim Europarat**

715 Wir fordern, dass die thüringischen Mitglieder sowie Stellvertreter/innen im Ausschuss der  
716 Regionen (AdR) und im Kongress der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften  
717 Europas beim Europarat (KGRE) durch den Landtag gewählt werden. Dabei wird  
718 angestrebt, dass bei den Mandaten ein Rotationsprinzip der Parteien für die jeweiligen  
719 Mitgliedern und Stellvertreter/innen eingeführt wird.

720 **Begründung:**

721 Thüringen ist Europa und Europa ist auch Thüringen. Für die Mitglieder des Landtages und  
722 der Regierung ist es daher wichtig, dass jeder/e einmal die (Bildungs)Reise nach Europa für  
723 eine längere Zeit auf sich nimmt. Neben den EU-Ausschuss im Landtag bilden der AdR und  
724 der KGRE ein Fenster nach Europa. Dies muss zur Europäisierung der hiesigen  
725 Abgeordneten genutzt werden, um den verächtlichen Fingerzeig auf Europa sowie auch  
726 Hetze gegen EuropäerInnen zu beenden. Daher müssen wir unsere Mandate nach einem  
727 neuen System verteilen, um diese Lücke zu schließen. Dabei wird das hessische Modell  
728 angestrebt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> 20 Hessischer Landtag · 15. Wahlperiode · 15/4000 19 (21 f.)

729 Für Amtsperioden des Ausschusses der Regionen, in denen nur ein thüringisches Mitglied  
 730 benannt werden kann, wird für jeweils eine Wahlperiode alternierend ein Mitglied der  
 731 Landesregierung oder des Landtags gewählt. Stehen Thüringen zwei Sitze zu, gehört je ein  
 732 Mitglied dem Landtag und der Landesregierung an. Der oder die Stellvertreter/in soll dem  
 733 jeweils anderen Verfassungsorgan angehören

734 In der kommenden Wahlperiode werden folgende Positionen in europäischen Gremien neu  
 735 besetzt, derzeit ausschließlich Mitglieder der Landesregierung bzw. Staatssekretäre/Innen  
 736 innehaben und die bisher ausschließlich von der Landesregierung benannt wurden:

737

- 738 a) Ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der  
 739 Regionen  
 740 b) Ein Mitglied im Kongress der lokalen und regionalen  
 741 Gebietskörperschaften Europas beim Europarat

**D4**

Antragsteller: Kreisverband Altenburger Land

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

742

#### 743 **Politische Meinungsbildung in den Kommunen verbessern**

744 Die Thüringer Jusos fordern die Thüringer SPD auf, sich in der Landesregierung dafür  
 745 einzusetzen, dass kommunale Gebietskörperschaften verpflichtet werden, in ihrem  
 746 Amtsblatt oder einem ähnlichen Nachrichtenblatt mit allgemeinen Informationen über die  
 747 Arbeit der Verwaltung, sofern vorhanden (vgl. §21 ThürKO Abs. 1), mindestens eine Seite für  
 748 alle Fraktionen der entsprechenden gewählten Versammlung (Gemeinderat, Stadtrat,  
 749 Kreistag) zur freien Kundgabe von Meinungen zu reservieren. Die genaue Ausgestaltung soll  
 750 den Kommunen überlassen werden.

751 Öffentliche Debatten auf kommunaler Ebene finden hin und wieder nur eingeschränkt statt.  
 752 Was die Entscheidungen eines Stadt- oder Gemeinderats angeht so werden die Bürger  
 753 zwar meist über ein Amtsblatt informiert, jedoch hat hier der Bürgermeister das „letzte Wort“.  
 754 Die Möglichkeit, dass auch unterlegene Fraktionen aus den jeweiligen Räten frei und ohne  
 755 journalistische Nachbereitung publizieren können, soll mit diesem Antrag ermöglicht  
 756 werden. Dies wird letztendlich zu breiteren und sachlicheren Debatten führen, die sich  
 757 positiv auf das Klima in der Gemeinde auswirken können. Desweiteren kann so für den  
 758 Bürger deutlicher werden, wo Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppierungen liegen,  
 759 was die Bereitschaft, an der Kommunalwahl teilzunehmen, steigern dürfte. Somit kann diese  
 760 Regelung zur Abmilderung der Politikverdrossenheit und damit zur breiteren Akzeptanz des  
 761 demokratischen Systems führen.

762

763

764

765

766

767

**D5**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

768

769 **Kommunalwahlrecht für nicht EU-AusländerInnen**

770

771 Wir fordern das Kommunalwahlrecht für nicht EU-AusländerInnen, sodass allen Menschen  
 772 die demokratische Partizipation ermöglicht wird.

773

774 **Begründung:**

775

776 Im Zeitalter des 21. Jahrhunderts muss endlich der gesamten Bevölkerung das  
 777 Kommunalwahlrecht ermöglicht werden. Es ist ein unerträglich-unker Zustand, dass  
 778 Menschen, die mit uns zusammenleben, arbeiten und Steuern zahlen von demokratischen  
 779 Prozessen ausgeschlossen werden.

780

781 Im Jahre 1990 hatte das Bundesverfassungsgericht in zwei Urteilen zum  
 782 Kommunalwahlrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein die Einführung eines  
 783 Ausländerwahlrechts gekippt. Da alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe, dürften in  
 784 Deutschland nur deutsche StaatsbürgerInnen wählen i.S.v. Art. 116 GG.

785

786 Doch seit dieser Entscheidung ist viel Zeit vergangen. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde  
 787 schon 1992 in Art. 28 I GG ein Zusatz vorgenommen, nachdem EU Bürgern das  
 788 Kommunalwahlrecht gewährt wird. Hinzu kommen Faktoren wie die zunehmende  
 789 Einwanderung, Globalisierung und Internationalisierung der Länder. Der vom  
 790 Bundesverfassungsgericht angelegte Begriff zur oben genannten Entscheidung hinsichtlich  
 791 des Volkes, kann sich daher nicht mehr nur an der deutschen Staatsangehörigkeit i.S.v. Art.  
 792 116 GG orientieren. Vielmehr ist der Volksbegriff antiquiert und durch den Europazusatz in  
 793 Art. 28 I 1 GG verwässert worden und muss daher neu ausgelegt werden. Der Begriff des  
 794 Volkes muss in Hinblick auf Art. 28 I GG weit verstanden werden, sodass mit „Volk“ lediglich  
 795 der zugehörige Willen zu einem Landesgebiet gemeint sein muss. Dies muss anhand von  
 796 Indikatoren betrachtet werden, die je nach Sichtweise streng oder locker gefasst werden.  
 797 Ein Beispiel wäre der feste Wohnsitz in Deutschland, geprägt durch eine gewisse Dauer, wie  
 798 etwa drei Monate.

799

800 Die hier gefasste Konklusion führt dazu, dass das Kommunalwahlrecht ohne  
 801 Grundgesetzänderung ermöglicht werden kann. Die Landesregierung ist daher angehalten,  
 802 das Wahlrecht für alle in Thüringen zu ermöglichen.

803

804

805

806



**E1**

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

807

808 **Wahlversprechen halten – Für die völlige Gleichstellung eingetragener**  
 809 **Lebenspartnerschaften!**

810 Am 19. Februar 2013 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Verbot der  
 811 Sukzessivadoption durch Lesben und Schwule mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Dies  
 812 bedeutet, dass ein\_e eingetragene\_r Lebenspartner\_in das bereits adoptierte Kind  
 813 seines\_ihres Partners\_Partnerin mitadoptieren kann. Faktisch können damit homosexuelle  
 814 Paare gemeinsam Kinder adoptieren, müssen aber mehr bürokratische Hürden überwinden  
 815 als Heterosexuelle.

816 Die Bundesregierung ist am 22. Mai 2014 dieser Minimalforderungen des  
 817 Bundesverfassungsgerichts nachgekommen und hat eine verfassungskonforme  
 818 Neuregelung auf den Weg gebracht, die eingetragenen Lebenspartnerschaften das Recht  
 819 auf die Sukzessivadoption verschafft. Doch selbst auf das Anregen des Bundesrates die  
 820 rechtliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften voranzutreiben, sieht die  
 821 Bundesregierung keinen weiteren Handlungsbedarf und beruft sich dabei auf den  
 822 Koalitionsvertrag.

823 Im Zuge dieser Abstimmung wurde von der Oppositionsfraktion der Grünen ein Antrag zur  
 824 völligen Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften in diesem Bereich im  
 825 Bundestag eingebracht. Zudem verlangte die Fraktion in einem weiteren Gesetzentwurf die  
 826 Ratifizierung des Europaratsvertrags über die Adoption von Kindern in der neuesten  
 827 Fassung von 2008 und brachte auch einen Änderungsantrag ein, mit dem der  
 828 Regierungsentwurf so umgeschrieben werden sollte, dass die Gleichstellung erreicht wird.  
 829 Über diesen wurde namentlich abgestimmt. Die Bundesregierung lehnte sämtliche  
 830 Oppositionsvorschläge ab. 111 Abgeordnete stimmten dafür, 432 Parlamentarier waren  
 831 dagegen. Von den SPD-Abgeordneten stimmten lediglich vier für den Antrag.

832 Begründet wurde dies mit denen im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Vereinbarungen.  
 833 Dieses gewohnte Prozedere mag zur Stabilisierung der Funktionsfähigkeit sinnvoll  
 834 erscheinen, unabhängig davon wie man den Koalitionsvertrag bewertet. Aber in diesem Fall  
 835 gibt es einen fundamentalen Unterschied: Bei dieser Abstimmung geht es nicht um  
 836 steuerliche Gleichstellung oder um die Öffnung bürgerlicher Konstrukte wie der Ehe, es geht  
 837 vielmehr um die existenzielle Entscheidung ob Menschen die Möglichkeit erhalten ein Kind  
 838 groß zu ziehen oder nicht. Durch die Ablehnung der oppositionellen Vorschläge verwehrt  
 839 auch die SPD-Bundestagsfraktion den betroffenen Menschen die fundamentale Chance,  
 840 selbst über ihre Lebensführung zu bestimmen. Dies kommt einer Entmündigung  
 841 Homosexueller gleich, denen die Entscheidungsfähigkeit über ihre eigene Lebensplanung  
 842 abgesprochen wird. Daher halten wir in diesem Fall eine Gewissensentscheidung für  
 843 gerechtfertigt. Bei dieser entscheidenden Frage hätten die Genoss\_innen der  
 844 Bundestagsfraktion so abstimmen müssen wie es ihrer Überzeugung entspricht und nicht  
 845 wie es der Koalitionsfriede gebietet.

846

847 Deshalb fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf:

848

849 • die umfassende rechtliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im  
850 Bezug auf das Adoptionsrecht voranzutreiben

851

852 • alle Regelungen, die die Familienplanung betreffen, explizit auf eingetragene  
853 Lebenspartnerschaften auszuweiten, so z.B. die künstliche Befruchtung lesbischer  
854 Partnerinnen, wie dies auch schon in einigen EU-Nachbarstaaten wie den  
855 Niederlanden oder Belgien möglich ist

856

857 • zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, vielfältigen Partner\_innen- und  
858 Familienkonstellationen Möglichkeiten zu eröffnen, Kinder zu bekommen und zu  
859 adoptieren, unabhängig von Anzahl, Geschlecht und Status der zusammenlebenden  
860 Personen. So soll es auch Menschen, die jenseits von Ehe und eingetragener  
861 Lebenspartnerschaft leben, ermöglicht werden, Kinder großzuziehen

862

863 • den Koalitionsvertrag bei existenziellen Gewissensfragen zu vernachlässigen und so  
864 abzustimmen wie es den grundlegenden sozialdemokratischen Überzeugung  
865 entspricht

866

867 Das von den Unionsparteien angeführte Argument des Kindeswohls ist unhaltbar. Alle  
868 vorliegenden Studien legen nahe, dass kein nennenswerter Unterschied zum Leben in  
869 Familien mit verschiedengeschlechtlichen Eltern auszumachen ist. Letztlich hat das die im  
870 Auftrag des Bundesjustizministeriums (BMJ) vom Bayrischen Staatsinstitut für  
871 Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) durchgeführte Studie „Die  
872 Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften“ deutlich  
873 bestätigt. „Entscheidend für die Entwicklung der Kinder ist nicht die Struktur der Familie,  
874 sondern die Qualität der innerfamiliären Beziehungen“, heißt es dort. Ferner kommt die  
875 Studie zum Ergebnis, dass Nachteile für das Wohl der in gleichgeschlechtlichen  
876 Lebenspartnerschaften erzogenen Kinder nicht zu erwarten sind, sondern vielmehr die  
877 gemeinschaftliche Adoption für das Kindeswohl tatsächlich vorteilhaft ist. In zahlreichen  
878 Kommunen berichten Jugendämter über ihre guten Erfahrungen mit schwulen und  
879 lesbischen Pflegeeltern. Auch die positiven Meldungen aus den Niederlanden, Schweden,  
880 Spanien, dem Vereinten Königreich, Belgien, Island, Norwegen, Dänemark, Kanada und  
881 mehreren Bundestaaten der USA, wo die Möglichkeit der gemeinschaftlichen Adoption  
882 durch gleichgeschlechtliche Paare bereits eingeführt ist, widerlegen die ohnehin empirisch  
883 nie belegten Vorbehalte. Es ist zudem völlig absurd, dass Ehegatt\_innen nur  
884 gemeinschaftlich aber nicht einzeln, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner dagegen nur  
885 einzeln nicht aber gemeinschaftlich ein Kind adoptieren dürfen. Niemand hat ein Recht auf  
886 ein Kind. Kinder haben vielmehr ein Recht auf Liebe, Fürsorge, Aufmerksamkeit und  
887 Geborgenheit. All dies können sie bei gleichgeschlechtlichen Eltern in gleicher Weise  
888 erfahren wie bei verschiedengeschlechtlichen Paaren. Lesben und Schwule sind genauso  
889 verantwortliche Eltern wie andere Menschen auch. Ein genereller Ausschluss vom  
890 gemeinsamen Adoptionsrecht stellt die Fähigkeit von Lesben und Schwulen zur  
891 Kindererziehung aus politischen Gründen pauschal in Frage. Diese willkürliche

892 Diskriminierung ist sachlich nicht gerechtfertigt und schadet dem Kindeswohl, indem es die  
 893 Stigmatisierung bereits bestehender Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern fördert und  
 894 den Kreis der am besten geeigneten Adoptiveltern künstlich verknüpft.

895 Daneben hat auch das Bundesverfassungsgericht einstimmig entschieden, dass sich  
 896 eingetragene Partnerschaften und Ehe in der auf Dauer übernommenen, auch rechtlich  
 897 verbindlichen Verantwortung für den Partner nicht unterscheiden. Dies steht einer  
 898 Ungleichbehandlung auf Grundlage der sexuellen Identität entgegen, was auch für das  
 899 Adoptionsrecht gilt.

900 Gerade weil diese Diskriminierung so beschneidend für die individuelle Lebensführung ist  
 901 und ihre Aufrechterhaltung so absurd und unhaltbar, stellt ihre Beseitigung eine zentrale  
 902 Gewissensfrage für unsere Genoss\*innen in der Bundestagsfraktion dar, welcher sie sich  
 903 stellen und ihr Abstimmungsverhalten daran ausrichten sollten.

904

**E2**

Antragsteller: Kreisverband Jena

[ ] angenommen  
 [ ] abgelehnt  
 [ ] überwiesen an:

905

## 906 **Schluss mit der systematischen Diskriminierung von ALGII-EmpfängerInnen.**

907

908 Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:

909

- 910 • ALGII-EmpfängerInnen sind keine Kriminellen. Das stetige Hinweisen auf zu  
 911 ahndende Verstöße muss eingedämmt werden und darf nicht im Vordergrund  
 912 stehen.
- 913 • Finanzielle Sanktionierungen sind abzuschaffen.
- 914 • Bei der Beratung von Arbeitslosen steht der Mensch im Vordergrund, nicht der  
 915 Zeitdruck. Ziel muss die Vermittlung in Arbeit sein, nicht die bloße Abwicklung  
 916 eines Kundengesprächs. ArbeitsvermittlerInnen müssen dafür besonders  
 917 geschult und ihnen so viel Zeit wie nötig fürs KundInnen-Gespräch eingeräumt  
 918 werden.  
 919  
 920  
 921

921

### 922 **Begründung:**

923

924 ALGII-EmpfängerInnen stehen am Rande unserer Gesellschaft. Sie werden systematisch  
 925 diskriminiert und haben kaum eine Lobby. Gleichzeitig sind Sie in besonderem Maße von  
 926 Depression bedroht, weil ihnen die Arbeits- und somit häufig auch die Lebensperspektive  
 927 fehlt.

928

929 Statt diesen Menschen zu helfen, wird ihnen kriminelle Absicht unterstellt, indem  
 930 fortwährend Ermahnungen erteilt werden, welche finanziellen und strafrechtlichen Folgen  
 931 eine Falschangabe, eine sogenannte Pflichtverletzung oder ein sogenanntes  
 932 Meldeversäumnis haben kann. Ein solches vorweggenommenes Misstrauen kann zu

933 keinem Vertrauensverhältnis führen. Ohne ein Vertrauensverhältnis kann die  
934 Arbeitsvermittlung nur zum Scheitern verurteilt sein.

935  
936 Statt ALGII-EmpfängerInnen zu helfen, wieder eine Perspektive zu erlangen, werden sie oft  
937 zu sinnentleerten Maßnahmen verpflichtet. Wenn sie sich solchen Maßnahmen verweigern  
938 können sie sanktioniert werden. Eine sogenannte Pflichtverletzung nach § 31 SGBII hat eine  
939 Minderung des Regelsatzes von mindestens 30% zur Folge. Der Regelsatz für ALGII-  
940 EmpfängerInnen ist ein Existenzminimum. Wer auf Grund von finanzieller Sanktionierung  
941 diesen Satz kürzt, stürzt den Arbeitslosen bewusst in die Armut.

942  
943 Dies ist kein Konzept, das mit dem des modernen Sozialstaats kompatibel ist und gehört  
944 deshalb abgeschafft. Niemandem darf ein Leben unter dem Existenzminimum zugemutet  
945 werden. Auch eine Minderung um 10% des Regelsatzes nach § 32 SGBII beim sogenannten  
946 Meldeversäumnis ist daher nicht länger hinnehmbar.

947  
948 Ziel der Arbeitsvermittlung dürfen aber nicht die Kriminalisierung von KundInnen oder deren  
949 Sanktionierung sein, sondern muss die Vermittlung der/des Arbeitslosen in Arbeit sein. Die  
950 Aufgabe von ArbeitsvermittlerInnen ist mehr als bloße Sachbearbeitung. Es geht um  
951 Menschen und deren individuelle Schicksale, daher muss der Mensch im Fokus stehen.  
952 Strikte Zeitvorgaben stehen dem im Wege und gehören abgeschafft. Bei erhöhtem  
953 Arbeitsaufwand muss gegebenenfalls neues Personal eingestellt werden. Statt Stellen in  
954 Jobcentern wegen geringerer Arbeitslosenzahlen zu streichen, sollte die stärkere Förderung  
955 der verbliebenen Arbeitslosen vorangetrieben werden.

956

E3	Antragsteller: Kreisverband Ilmkreis	<input type="checkbox"/> angenommen
		<input type="checkbox"/> abgelehnt
		<input type="checkbox"/> überwiesen an:

957

### 958 **Inklusion braucht mehr!**

959 Sechs Jahre ist es inzwischen her, dass die Vereinten Nationen ihre Konvention über die  
960 Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kraft gesetzt haben. Seit dem ist viel über  
961 Inklusion gesprochen worden, aber nur wenig wurde getan, um die Voraussetzungen für  
962 ihre Umsetzung in der Praxis zu gewährleisten.

963 Inklusion bezieht sich nicht nur auf Menschen mit Beeinträchtigungen, es heißt besonders  
964 im Bildungsbereich: Alle Kinder sind von Anfang an gleich, keines wird ausgesondert oder  
965 zurückgelassen. Denn Bildung ist ein Menschenrecht, bei dem der Fokus auf den Kindern  
966 und Jugendlichen liegen muss. Im Zentrum der Inklusion muss daher der Abbau von  
967 Barrieren hin zu einer gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in allen Lebensbereichen  
968 stehen. Die Grundsteine hierfür werden in Bildung, Erziehung und Betreuung gelegt, damit  
969 der Bewusstseinswandel weg von Fürsorge und hin zu Teilhabe führen kann.

970 Damit dies möglich ist, fordern wir:

- 971 • Rahmenbedingungen für einen erfolgversprechenden Inklusionsprozess Die
- 972 Bereitstellung ausreichender Mittel, um die sachlichen, räumlichen und personellen
- 973 zu schaffen

974

975 • Praxisorientierte schulnahe Aus- und Fortbildung. Lehrerinnen und Lehrer müssen  
 976 durch Fortbildungen auf ihr neues Aufgabenspektrum vorbereitet werden. Ängste  
 977 müssen abgebaut und Möglichkeit im Bereich der individuellen Förderung und der  
 978 Einbindung aller Schülerinnen und Schüler aufgezeigt werden. Studierende der  
 979 Lehramtsstudiengänge sowie Referendarinnen und Referendare müssen in ihrer  
 980 Ausbildung auf die neuen Zusammensetzungen ihrer Schüler(innen)schaft  
 981 vorbereitet werden. Die Lehramtsausbildung muss den Themenbereich Inklusion  
 982 zum Pflichtprogramm machen und somit auch die Kompetenzen der angehenden  
 983 Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich der individuellen Förderung und des Umgangs  
 984 mit einer heterogenen Schüler(innen)schaft frühzeitig entwickeln.  
 985

986 • Inklusion muss ein Bestandteil aller Bildungsbereiche sein.  
 987 Das heißt: Auch schon im Kindergarten/ in der Kindertagesstätte muss  
 988 flächendeckend inklusiv betreut werden. Bildung von Anfang an bedeutet Inklusion  
 989 von Anfang an! Konsequenter Weise muss auch die Ausbildung der Erzieherinnen  
 990 und Erzieher dahingehend verändert werden, dass ein selbstverständlicher Umgang  
 991 mit Kindern mit und ohne Behinderung fördernd und liebevoll stattfinden kann.

992

993 • Identifikationsfiguren in Kindergärten und Schulen. Es reicht nicht, wenn Kinder und  
 994 Jugendliche zwar inklusiv beschult werden, aber keine erwachsenen  
 995 Identifikationspersonen in Schule und Kindergarten/ Kindertagesstätte vorfinden.  
 996 Deswegen müssen Arbeitsbereiche für Menschen mit Behinderungen auch an  
 997 Schulen und Kindergärten/ Kindertagesstätten geschaffen werden. Es darf nicht sein,  
 998 dass Inklusion nach der Schule aufhört!  
 999

1000 • Eine Anpassung des Betreuungsschlüssels der Klassengrößen. Die individuelle  
 1001 Betreuung aller Kinder ist nur zu gewährleisten, wenn Erzieher\*innen und  
 1002 Lehrer\*innen ausreichend Zeit zur Verfügung steht, um jedem Kind die  
 1003 Aufmerksamkeit zu schenken, die es benötigt. Dies ist nur bei kleineren  
 1004 Gruppen/Klassen sowie dem Einsatz zusätzlichen Erzieher\*innen und Lehrer\*innen  
 1005 möglich.  
 1006

1007 • Förderung in der Schuleingangsphase. *Hier fehlt mir passender Text: Es geht darum,*  
 1008 *dass hier der Grundstein für die weitere schulische Entwicklung gelegt wird und*  
 1009 *daher hier besonders viel Förderung und damit ein noch höherer personeller*  
 1010 *Aufwand nötig ist.*  
 1011

1012 • Einbindung anderer pädagogischer Berufe Um den Bedürfnissen jedes einzelnen  
 1013 Kindes gerecht zu werden, muss auf das Potential anderer pädagogische Berufe  
 1014 zurückgegriffen werden. Dazu reicht es nicht aus, Fachpersonal vorzuhalten, dieses  
 1015 muss in die bestehenden Teams in Kindergärten und Schulen integriert werden  
 1016 und fort als gleichberechtigter Partner in Erziehung und Lehre wahrgenommen  
 1017 werden. Dies beinhaltet neben einer allgemeinen Aufwertung dieser Berufsgruppen  
 1018 auch die entsprechende Entlohnung, die Schaffung fester und sicherer Stellen sowie  
 1019 die Zuweisung nötiger Kompetenzen.  
 1020

1021

1022 **Begründung**

1023 In Thüringen ist der Anteil an Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf rückläufig  
 1024 (2007: 9,2% zu 2011: 7,2%) , die Zahl an Schülern mit pädagogischem Förderbedarf ist  
 1025 jedoch steigend (Zahlen suchen). Zusätzlich nahm die Inklusionsquote um 13% auf 27,8%  
 1026 zu. Thüringen ist auf dem Papier also auf dem richtigen Weg, in der Praxis ist dies jedoch  
 1027 nicht der Fall.

1028 „Für diese Kinder [alle, die trotz attestierter Beeinträchtigungen keinen Anspruch auf die  
 1029 Unterstützung durch eine Integrationskraft haben] sind geeignete Fördermaßnahmen in der  
 1030 Einrichtung zu schaffen“, so sieht es der Thüringer Entwicklungsplan Inklusion aus dem  
 1031 Jahr 2013 vor. Damit liegt die Verantwortung für die Umsetzung und auch die Finanzierung  
 1032 bei den Trägern (vorrangig Gemeinden und Landkreisen). Das sich damit nicht nur die  
 1033 Kommunen selbst überfordert sehen, zeigt besonders eine Statistik (Tabelle 9: Entwicklung  
 1034 der Förderquoten in Thüringen nach Förderschwerpunkten und Schul-trägern bezogen auf  
 1035 alle Schüler). Dort heißt es: „die Förderquote in Schulen in freier Trägerschaft erheblich  
 1036 höher liegt als in staatlichen Schulen“. Wenn schon Eltern der Auffassung sind, dass  
 1037 staatliche Schulen ihren Kindern nicht gerecht werden können, wie sollen dann in der  
 1038 Bevölkerung die Vorteile der Inklusion vermittelt werden?

1039 Das geht nur, wenn alle Rahmenbedingungen stimmen, damit das Recht auf eine  
 1040 selbstbestimmte Teilhabe auch umgesetzt werden!

1041

**E4**

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1042

1043 **Zugang zu öffentlichen Sportplätzen ermöglichen!**

1044 Die Jusos und die SPD in Thüringen setzen sich dafür ein, dass alle Sport- und Spielplätze  
 1045 die sich auf öffentlichen Schulgeländen befinden, nach dem Schulschluss für die Öffentlichkeit  
 1046 bis mindestens 22 Uhr zugänglich gemacht werden.

1047

1048 **Begründung:**

1049

1050 Sport- und Spielplätze sind in Thüringen Mangelware, sie neu zu bauen und die  
 1051 entsprechenden Plätze zu schaffen wäre sehr kostenintensiv. Darum sollte man die  
 1052 vorhandenen Strukturen intensiver nutzen und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht  
 1053 werden. Aus Sicherheitsgründen und der den Vorrang für den Schulsport, müsste die  
 1054 allgemeine Nutzbarkeit erst nach Schulschluss gewährleistet werden

1055

1056

1057

**E5**

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1058

1059 **Einführung eines thüringenweiten Azubitickets**

1060

1061 Die Jusos Thüringen fordern die Einführung eines Azubitickets nach dem Vorbild des für  
 1062 Studenten geltenden Semestertickets.

1063

1064 **Begründung:**

1065

1066 Durch den demografischen Wandel zentralisiert sich zunehmend der Berufsschulunterricht  
 1067 in Thüringen, dies bedeutet weitere Wege und so auch höhere Fahrtkosten für Azubis. Nach  
 1068 dem Berufsbildungsgesetz müssen Azubis sämtliche Fahrtkosten zu Arbeitsstätte und  
 1069 Berufsschule selbst tragen. Auch bei einer Förderung durch die Berufsausbildungsbeihilfe  
 1070 (BAB) bleiben Auszubildende auf Fahrtkosten für Berufsschulunterricht der in Blockform  
 1071 stattfindet sitzen.

1072 Bei Ausbildungsvergütungen die im Schnitt um die 500 € brutto liegen und obendrein  
 1073 starken Branchenunterschieden unterliegen ist das eine erhebliche finanzielle Belastung.  
 1074 Wenn Thüringen junge Menschen dazu animieren will, hier den Grundstein ihrer beruflichen  
 1075 Zukunft zu legen, muss es dafür auch die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Das  
 1076 Azubiticket wäre dafür ein entscheidender Anstoß.

1077

**E6**

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1078

1079 **Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge – Keine Privatisierungen**

1080

1081 Die Jusos Thüringen setzen sich für den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge ein und  
 1082 sind gegen eine Privatisierung dieser.

1083

1084 **Begründung:**

1085

1086 Jeder Mensch hat ein Recht auf die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern. Öffentliche  
 1087 Daseinsvorsorge ist so ein elementarer Bestandteil der sozialen Sicherheit. Die Bereiche der  
 1088 öffentlichen Daseinsvorsorge sollten für alle Menschen frei und sozialverträglich zugänglich  
 1089 sein. Dies umfasst soziale, kulturelle und wirtschaftliche Dienstleistungen und Güter, wie die  
 1090 Versorgung mit Wasser, Strom, Internet und Wohnraum aber auch die Müll- und  
 1091 Abwasserentsorgung, den öffentlichen Personenverkehr, Post und Telekommunikation,  
 1092 Kultur und das Gesundheits- und Bildungswesen.

1093 Eine spezielle Form der Privatisierung ist als „Public-Private-Partnership“ (PPP) bekannt. In  
 1094 diesem Modell werden in der öffentlichen Daseinsvorsorge gemischte Eigentumsformen  
 1095 geschaffen, die insbesondere Arbeitsplätze gefährden, oft Qualitätsstandards herabsetzen

1096 und für die Kommunen meist teurer werden, als wenn diese Aufgaben selbst erledigt  
 1097 würden. Mit PPP sichern sich die privaten Beteiligten langfristig gute Renditen, während das  
 1098 unternehmerische Risiko auf die öffentlichen Beteiligten abgeschoben wird. So wird selbst  
 1099 aus einem Krankenhaus oder einer Universität ein Unternehmen, welches nach  
 1100 marktwirtschaftlichen Maßstäben handeln muss.

1101  
 1102 Wir erleben immer wieder, dass Patientinnen und Patienten vorzeitig entlassen werden  
 1103 sollen, weil sie nicht genug Geld einbringen. Oft kommen gerade diese Patientinnen und  
 1104 Patienten nach wenigen Tagen mit dem gleichen oder einem schlimmeren medizinischen  
 1105 Problem wieder. Dann werden erneut Patientinnen und Patienten entlassen um immer noch  
 1106 Erkrankte unter zu bringen. Angestellte, Pfleger, Schwestern und Ärzte, nennen das den  
 1107 „Drehtüreffekt“. Es stehen nicht mehr die Bedürfnisse des Einzelnen im Vordergrund,  
 1108 sondern nur der Profit – aus Patientinnen und Patienten werden also Kunden.

1109  
 1110 Um zu verhindern, dass die Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher steigen,  
 1111 Leistungen wegrationalisiert werden und die Qualität der Dienste und Güter sinkt, müssen  
 1112 wir eine Privatisierung so unattraktiv wie irgend möglich machen und die öffentliche  
 1113 Daseinsvorsorge ausbauen. Der Ausbau und Erhalt öffentlicher Infrastruktur liegt im  
 1114 Interesse der gesamten Gesellschaft und muss den privaten Profitinteressen einzelner  
 1115 Investorinnen und Investoren entzogen werden.

1116

**F1**

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1117

## 1118 **Reduktion der Antibiotikavergabe in der Tiermast zur Prävention bakterieller** 1119 **Resistenzen**

1120

1121 Die Jusos Thüringen fordern:

1122

1123 • Das Verbot der präventiven Vergabe von Antibiotika und eine Verbesserung der  
 1124 Lebensbedingungen von Masttieren, um den kurativen Verbrauch zu reduzieren.

1125

1126 • Subventionen für die Forschung an neuen Antibiotika und alternativen Bakteriziden  
 1127 (Phagentherapie etc.).

1128

1129 • Regelmäßige, obligatorische Seminare für Landwirte, die zur Aufklärung über die  
 1130 Gefahren übermäßiger Antibiotikavergabe dienen.

1131

1132 • Fördermittel zur Vergabe an Betriebe, die eine artgerechte Tierzucht durchführen und  
 1133 beibehalten.

1134

1135

1136

1137



1138 **Begründung:**

1139

1140 Bakterien sind äußerst anpassungsfähige Mikroorganismen, durch deren schiere Menge  
 1141 hohe Mutationsraten auftreten. Diese führen durch einen entsprechenden Selektionsdruck,  
 1142 welcher durch Antibiotika hervorgerufen wird, zur selektiven Unterstützung<sup>2</sup> resistenter  
 1143 Bakterienstämme. Es handelt sich um einen natürlichen Vorgang, den man allgemein unter  
 1144 Evolution zusammenfassen kann. Durch die massenhafte Verabreichung der Antibiotika  
 1145 werden Resistenzbildungen deutlich beeschleunigt, wodurch gängige Antibiotika schneller  
 1146 als üblich ihre Wirkung verlieren. Dies bedeutet über die entstehenden Probleme in der  
 1147 Tiermast hinaus auch immense Risiken für den Mensch, wie wir in Krankenhäusern heute  
 1148 schon erleben. Sogenannte „Krankenhauskeime“, wie MRSA und VRSA, gegen die teilweise  
 1149 keine Antibiotika mehr wirken, sind hierbei nur der Beginn der Entwicklung. In naher Zukunft  
 1150 kann es so, im zugespitzten Falle, wieder zu Todesopfern durch eine gewöhnliche Erkältung  
 1151 kommen.

1152

1153 Durch ökologischere Tierhaltung und ein striktes Verbot der präventiven Vergabe von  
 1154 Antibiotika kann die Resistenzbildung verlangsamt werden, sodass der Forschung mehr Zeit  
 1155 bleibt, wirksame Gegenmittel zu finden. Die Ansteckungsgefahr zwischen den Tieren wird  
 1156 vermindert, da ihr Immunsystem weniger durch Stress beeinträchtigt ist und sich die  
 1157 Zuchtbedingungen allgemein verbessern. Wie die Niederlande als Musterbeispiel zeigt,  
 1158 konnten allein durch intensive Gespräche von Tierärzten mit Landwirten und ein  
 1159 „Vergütungssystem“ für artgerechte Höfe den Verbrauch an Antibiotika um 50% reduzieren.

1160

1161 Leider fehlen der Forschung Anreize, da die Patentanmeldungen für zugelassene  
 1162 Bakterizide laufen und somit ökonomisch kein Grund für Investitionen in die Erforschung  
 1163 neuartiger Gegenmittel besteht. Hier muss die Politik dringend mit Subventionen  
 1164 gegenwirken, damit Menschen nicht in Zukunft wieder an der Pest oder anderen  
 1165 totgeglaubten Krankheiten sterben müssen.

1166

**F2**

Antragsteller: Kreisverband Jena

[ ] angenommen  
 [ ] abgelehnt  
 [ ] überwiesen an:

1167

1168 **Verbot konventioneller Plastikverpackungen in der Lebensmittel- und Textilindustrie**

1169

1170 Die Jusos Thüringen fordern:

1171

- 1172 • Das Verbot von konventionellen Plastikarten als Verpackungsmaterial in der  
 1173 Lebensmittel- und Textilindustrie.
- 1174 • Die intensivierte Nutzung nachhaltigerer Verpackungsmaterialien, wie  
 1175 biopolymerbasiertem<sup>3</sup> Kunststoff.

1177

<sup>2</sup>Resistente Bakterien erfahren bessere Entwicklungsbedingungen und setzen sich gegen nicht Resistente durch

<sup>3</sup> Kunststoffe auf Kohlenhydratbasis, wie zum Beispiel Stärke oder Zellulose, was sie biologisch abbaubar macht.

- 1178 • Die Reduzierung von Verpackungen aller Art auf ein funktionsbedingtes Mindestmaß,  
1179 um unnötigen Materialverbrauch zu vermeiden.  
1180
- 1181 • Klare gesetzliche Regelungen für die Industrie zur Begrenzung der Nutzung  
1182 konventioneller Kunststoffe auf die notwendigsten Bereiche (z.B. Aufbewahrung von  
1183 Chemikalien, Werkstoff in Kleidung, Elementarbestandteile von Apparaturen etc.).  
1184
- 1185 • Das verpflichtende Recyceln bzw. die sinnvolle Weiterverwendung konventioneller,  
1186 jedoch (industriell) unabdingbarer Plastikwerkstoffe, die unbrauchbar geworden  
1187 sind.  
1188

1189 **Begründung:**

1190  
1191 Die konventionelle Kunststofftechnologie ist flexibel in den unterschiedlichsten  
1192 Arbeitsbereichen zu niedrigen Preisen anwendbar, was Plastik zu einem beliebten Werkstoff  
1193 macht. Was Verbundstoffe angeht, ist die Rückgewinnung mit hohem energetischen  
1194 Aufwand verbunden. Deshalb kommt diese leider nur selten zur Anwendung. Im besten Fall  
1195 werden Abfälle von relativ hoher Qualität aus ökonomischen Gründen zu Objekten niedriger  
1196 Qualität (Parkbänke etc. aus Plastikgemischen) verarbeitet. Im schlechtesten Fall landen sie  
1197 auf Müllhalden, oder werden, wie in vielen Teilen der Welt praktiziert, verbrannt.  
1198

1199 Konventionelle Plastik (PVC, PE, PP, PET) ist biologisch nicht abbaubar. Da trotz  
1200 mangelnder Recyclingmethoden weiter große Mengen Plastik produziert werden, steigt die  
1201 Gesamtmasse weiter an. Dies stellt eine unmittelbare Gefahr für die Lebewesen der Erde  
1202 dar. Durch mechanische Reibungseffekte „zersetzen“ sich die Kunststoffe in Mikropartikel,  
1203 die vor allem durch die gigantische Müllansammlung im Meer den Weg in die  
1204 Nahrungsketten finden. Diese Partikel reichern sich in den Organismen an und  
1205 beeinträchtigen die Stoffwechselfunktionen, was gesundheitliche Schäden zur Folge hat.  
1206

1207 Bis heute gibt es keine praktikablen Verfahren, durch welche Plastik, vor allem im  
1208 Mikrokosmos, wieder aus der Natur entfernt werden können. Es handelt sich also um einen  
1209 akkumulierenden Prozess<sup>4</sup>, der Schritt für Schritt die Vergiftung der Flora und Fauna, wozu  
1210 auch der Mensch gehört, nach sich zieht.  
1211

**F3**

Antragsteller: Kreisverband Jena

[ ] angenommen  
[ ] abgelehnt  
[ ] überwiesen an:

1212

1213 **Biodiversität fördern – Lebensraum schützen!**

1214

1215 Die Jusos Thüringen fordern:

1216

- 1217 • Einen angemessen breiten Ackerrandstreifen für alle landwirtschaftlich genutzten  
1218 Flächen.

<sup>4</sup> Plastik wird produziert, aber nicht abgebaut; die Gesamtmenge an Plastik steigt.

- 1219
- 1220 • Ein „blühendes Land Thüringen“ nach Mössinger Vorbild, was die Bepflanzung
- 1221 durch Mischsaatgut aller Fahrbahnrandstreifen und Grünstreifen Thüringer Städte
- 1222 einschließt.
- 1223
- 1224 • Eine Bezuschussung von Landwirten, die für eine ökologische, biodiverse
- 1225 Umstrukturierung der Thüringer Agrarflächen eintreten.
- 1226
- 1227 • Ein Verbot von Pestizideinsatz auf nicht agrarkulturell genutzten Grünflächen.
- 1228

1229 **Begründung:**

1230

1231 Thüringen steht vor ernstzunehmenden ökologischen Problemen, durch die zunehmende

1232 Ausbreitung von Neophyten<sup>5</sup>, welche heimische Flora verdrängen und Fauna schädigen. Als

1233 eklatantes Beispiel ist hierfür die Honigbiene zu nennen, die unter dem monokulturellem

1234 Bewuchs leidet. Hierzu zählen jedoch nicht nur Neophyten, wie die Zackenschote, sondern

1235 auch intensive Landwirtschaft. Kurze Fruchtfolgen<sup>6</sup> und monokulturelle Landwirtschaft

1236 machen Pestizideinsatz und chemische Düngung unabdingbar. Die Honigbiene ist durch

1237 begrenztes Nahrungsangebot (Monokulturen) und den Chemieeinsatz immens geschwächt

1238 und anfällig gegenüber Parasiten, wie der Varoa-Milbe. Berufsimker verzeichneten im

1239 vergangenen Jahr dadurch Verluste von durchschnittlich 30% ihrer Bienenvölker. Auch

1240 Wildbienenarten und andere Insekten sind hiervon betroffen, was die Bestäubungsleistung

1241 extrem mindert. Hobby- wie Berufsimker leiden gleichermaßen unter den wirtschaftlichen

1242 Einbußen, die sich durch geringe Honigproduktion ergeben. Da ein Imker innerhalb von drei

1243 Monaten sein gesamtes Jahresbudget erarbeiten muss, stellen Monokulturen eine starke

1244 existentielle Bedrohung dar. Jede Pflanze hat unterschiedliche Blühzeiträume. Nur eine

1245 artenreiche Flora kann den gesamten Zeitraum abdecken. Zudem werden Wild- wie

1246 Honigbiene durch ein üppiges Nahrungsangebot gestärkt, bringen höhere Erträge und sind

1247 besser gegen Parasiten gewappnet.

1248

1249 Durch gesetzlich festgelegte Ackerrandstreifen in der Agrarkultur kann ein erster Schritt in

1250 Richtung einer vielfältigen und artenreichen Flora getan werden. Des Weiteren ist ein Verbot

1251 von Pestizideinsatz auf nicht agrarkulturell genutzten Grünflächen unbedingt notwendig, um

1252 das Nektarangebot nicht unnötig zu verringern.

1253

1254 Da besonders junge Landwirte immer öfter nach ökologischen Maßstäben arbeiten wollen,

1255 dies aber oft durch die „Besitzansprüche“ etablierter Agrarbetriebe nicht können, müssen

1256 sie staatliche Unterstützung erhalten. Nicht zuletzt diese Agrarbetriebe sind schuld an den

1257 monokulturellen Verhältnissen in der Landwirtschaft.

1258

1259 Die begrüneten Flächen in Städten neigen ähnlich zu Artenarmut, wie die intensiv genutzten

1260 Landschaften. Hierbei macht die Stadt Mössingen eine Ausnahme, die auf übermäßige

1261 „Kontrolle“ ihrer Grünflächen verzichtet und sie den Sommer über in Blüte stehen lässt.

<sup>5</sup> Pflanzen, die sich in Gebieten etablieren, in denen sie nicht heimisch sind.

<sup>6</sup> Zeitliche Abfolge von angebauten Nutzpflanzenarten

1262 Dies sollte sich das gesamte Land Thüringen als Beispiel nehmen, um seinen Beitrag zu  
 1263 einer biodiversen und gesunden Umwelt zu leisten.

1264

G1	Antragsteller: Kreisverband Jena	<input type="checkbox"/> angenommen
		<input type="checkbox"/> abgelehnt
		<input type="checkbox"/> überwiesen an:

1265

1266 **Keine Zusammenarbeit mit der NPD**

1267

1268 Die Jusos Thüringen fordern alle kommunalen Mandatsträger\*innen der SPD Thüringen auf,  
 1269 grundsätzlich nicht mit Mandatsträger\*innen der NPD zusammenzuarbeiten, von der NPD  
 1270 gestellten Anträgen nicht zuzustimmen und NPD Kandidat\*innen bei Abstimmungen in den  
 1271 kommunalen Parlamenten (z. B. bei der Besetzung von Ausschüssen) die Stimme zu  
 1272 verweigern.

1273

1274 **Begründung:**

1275

1276 Bei den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 hat die NPD in Thüringen 56 Sitze in Stadträten,  
 1277 Kreistagen und Gemeinderäten erringen können. Damit hat sie ihr Ergebnis von 2009 mehr  
 1278 als verdoppelt. Es ist der NPD gelungen, sich in Thüringen zu mehr als einer reinen  
 1279 Protestpartei zu etablieren. Für uns als Sozialdemokrat\*innen muss klar sein, dass ein  
 1280 demokratisches Zusammenarbeiten mit Neonazis nicht möglich ist. Auch wenn bspw. die  
 1281 CDU in Kahla mit den NPD Stadträten „ganz normal und ohne jede Diskrepanz“ (26.05.14 /  
 1282 OTZ) zusammenarbeiten möchte, ist für uns eine derartige Legitimierung der geistigen  
 1283 Erben von Weltkrieg und Shoah und den Komplizen des NSU ausgeschlossen.

1284

G2	Antragsteller: Kreisverband Jena	<input type="checkbox"/> angenommen
		<input type="checkbox"/> abgelehnt
		<input type="checkbox"/> überwiesen an:

1285

1286 **Keine Zusammenarbeit mit der AFD**

1287

1288 Die Jusos Thüringen fordern alle kommunalen Mandatsträger\*innen der SPD Thüringen auf,  
 1289 grundsätzlich nicht mit Mandatsträger\*innen der AFD zusammenzuarbeiten, von der AFD  
 1290 gestellten Anträgen nicht zuzustimmen und AFD Kandidat\*innen bei Abstimmungen in den  
 1291 kommunalen Parlamenten (z. B. bei der Besetzung von Ausschüssen) die Stimme zu  
 1292 verweigern.

1293

1294 **Begründung:**

1295

1296 Die selbsternannte Alternative für Deutschland hat bei den Europawahlen in Thüringen ein  
 1297 Landesweites Ergebnis von 7,4 % der Stimmen erreicht. Auch bei den Kommunalwahlen hat  
 1298 die AfD überall dort wo sie angetreten ist erschreckende Ergebnisse eingefahren. Mit ihrem

1299 Mix aus platten, einfachen Antworten auf komplexe Fragen, verdrehten Halbwahrheiten und  
 1300 blanker Fremdenfeindlichkeit ist Sie in Thüringen auf fruchtbaren Boden gestoßen.  
 1301 Die AfD will die Gleichstellung von Frauen zurückdrehen, brandmarkt Homosexualität und  
 1302 trägt ihren National- und Geschlechtschauvinismus offen vor sich her. Für uns als  
 1303 Sozialdemokrat\*innen muss klar sein, dass eine Partei die am braunen rechten Rand nicht  
 1304 nur fischt, sondern sich darin suhlt, nicht Partnerin der SPD im politischen Handeln sein  
 1305 kann.  
 1306

**H1**

Antragsteller: Landesvorstand

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1307  
 1308 **Politik ist mehr als nur Plakate hängen**  
 1309 **Für einen anderen Politik- und Wahlkampfstil**  
 1310  
 1311 Nach der Bundestagswahl 2013 und der Europa- und Kommunalwahl im Mai 2014 steht mit  
 1312 der Landtagswahl im September 2014 eine weitere Wahl an, bei der auch wir als Jusos  
 1313 wieder im Wahlkampf aktiv sein werden.  
 1314  
 1315 Dabei bedeutet Politik für uns mehr als nur Wahlkampf. Mehr als nur Plakate hängen und  
 1316 Flyer verteilen. Mehr als nur ein paar Wochen vor einem Wahltermin aktiv zu sein.  
 1317 Die oft beschriebene Politikverdrossenheit rührt auch daher, dass viele Menschen in  
 1318 politischen Parteien und Organisationen keine verlässlichen Ansprechpartner\_innen mehr  
 1319 für ihre Probleme sehen. Dabei gehört aber der kontinuierliche Kontakt zwischen Parteien  
 1320 und Zivilgesellschaft, der Menschen befähigt, ihre Interessen wirksam zu artikulieren, zu den  
 1321 wichtigsten Möglichkeiten, die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben.  
 1322  
 1323 **Zuhören und ansprechbar sein – gerade für die Interessen von jungen Menschen**  
 1324 Für uns Jusos bedeutet Politik nicht, Menschen in Wahlkämpfen zu agitieren. Wir verstehen  
 1325 unsere politische Aufgabe vor allem darin, zuzuhören und ansprechbar zu sein und so die  
 1326 Interessen, Sorgen und Forderungen derjenigen, die häufig keine Lobby haben, in die  
 1327 Politik zu tragen und sowohl gegenüber der SPD als auch in Parlamenten und der  
 1328 Öffentlichkeit zu vertreten. Dabei suchen wir den regen Kontakt zu befreundeten Verbänden,  
 1329 Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen wie den Gewerkschaften, den  
 1330 NaturFreunden, der AWO, Asyl- und Migrant\_innenverbänden, Jugendorganisationen,  
 1331 Betriebsräten, Anti-Nazi-Bündnissen, Antirassistischen Initiativen, Frauenverbänden und  
 1332 feministischen Netzwerken usw. Gerade für Jugendliche und ihre Bedürfnisse wollen wir ein  
 1333 besonderes Augenmerk legen. Auch an sozialdemokratische Mandatsträger\_innen stellen  
 1334 wir die Anforderung, dass sie auch zwischen den Wahlkämpfen präsent sind.  
 1335  
 1336 **Die Mitwirkung an der Demokratisierung der Gesellschaft gehört auch vor der**  
 1337 **Landtagswahl zu unserem Auftrag**  
 1338  
 1339 Wir Jusos wollen Menschen nicht nur von unseren Positionen überzeugen. Wir wollen, dass  
 1340 sie überzeugte Sozialist\_innen und Sozialdemokrat\_innen werden. Daher wollen wir  
 1341 verstärkt Mitmachangebote vor Ort bieten, um zu signalisieren, dass Politik davon lebt, dass

1342 sich Menschen mit vielfältigen Interessen einbringen. Den Herbst der Landtagswahl wollen  
 1343 wir dafür als einen Aufschlag nutzen und durch kreative Aktionen gerade mit jungen  
 1344 Menschen ins Gespräch kommen. Die SPD vor Ort und unseren sozialdemokratischen  
 1345 Abgeordneten kommen dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie sind vor Ort verwurzelt  
 1346 und können den Rahmen für den Austausch zur Verfügung stellen. Mit bürgernahen und  
 1347 niedrigschwelligen Bürostrukturen und durch Gesprächsangebote. Wir wollen darüber  
 1348 hinaus, dass die SPD viele Gesichter vor Ort hat. Die Mitglieder der SPD sind auch Boten für  
 1349 ihre Ideen. Vor Ort kontinuierlich aktiv und sichtbar zu sein ist unser Anspruch an Politik.  
 1350

# H2

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1351  
 1352 **Politischer Wechsel in der Staatskanzlei**  
 1353  
 1354 Die SPD Thüringen möge darauf hinwirken, nach der nächsten Landtagswahl eine Mehrheit  
 1355 links der sogenannten Mitte zu suchen.

1356  
 1357 **Begründung:**

1358  
 1359 Die fünfte Legislaturperiode in Thüringen neigt sich dem Ende zu. Hätte die CDU alleine  
 1360 regiert, stünden wir nun noch genau dort, wo wir 2009 waren. Mit ihrer völligen  
 1361 Visionslosigkeit und ihrer Zerstrittenheit gelang es ihnen, ausschließlich als Bremsen der  
 1362 Regierungsarbeit zu fungieren. So ist es zum Beispiel noch immer nicht gelungen, ein  
 1363 Bildungsfreistellungsgesetz zu beschließen. Hanebüchene Scheinkämpfe gegen die  
 1364 angebliche Abschaffung der Schreibschrift und personelle Affären bleiben als Erbe der  
 1365 Lieberknecht-CDU zurück. Der Thüringen-SPD mag es bequem erscheinen, schließlich ist  
 1366 man in einer Atmosphäre des Stillstands immer der Fortschrittsmotor, die tatsächliche  
 1367 politische Arbeit kommt hier aber nur mühsamst voran.

1368  
 1369 Allen Umfragen zufolge wird es eine Mehrheit für rot-rot-(grün) geben. Im Gegensatz zu  
 1370 2009 ließe sich diese jedoch leichter realisieren: Bis jetzt hat noch niemand eine unsinnige  
 1371 Ausschließerei begonnen, die an der demokratischen Tradition vorbeigeht, namentlich das  
 1372 Bestehen auf die Staatskanzlei bei deutlich schlechteren Ergebnissen. Auch der  
 1373 Bundesverband der SPD zeigt sich offen für dieses Regierungs-“Experiment“.

1374  
 1375 Folgende Gründe lassen die Arbeit an einem linken Reformprojekt geradezu zwingend  
 1376 erscheinen:

1377 Die bisherige große Koalition war teilweise qualvoll anzusehen: Es herrschte praktisch nie  
 1378 eine konstruktive Arbeitsatmosphäre, stets waren Misstrauen und Missgunst Antrieb des  
 1379 politischen Handelns.

1380 Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich diese Lage bessern wird.

1381 Die Wähler fragen sich allmählich, warum sie die SPD oder überhaupt wählen sollen, wenn  
 1382 sowieso immer die CDU herauskommt. Eine konsequente Mitte-Fixierung treibt die Wähler  
 1383 nach außen, das bedeutet entweder zu den LINKEN oder zu den Nazis jeglicher Couleur  
 1384 (AfD, NPD).

1385 Die CDU verweigert sich konsequent jedem Reformprojekt und agitiert auf populistischste  
 1386 Art dagegen. Hier sei an die Kreisreforms-Kampagne erinnert. Wir werden die LINKE nicht  
 1387 los. Viele hoffen darauf, dass die LINKE durch möglichst lange Abwesenheit aus der  
 1388 Regierung wegstirbt. Genau das wird aber nicht passieren, wenn sich die SPD als  
 1389 Verwalterin des status quo präsentiert. Es lässt sich keine Kampagne mit einer  
 1390 Sozialministerin als Spitzenkandidatin fahren, wenn allen klar ist, dass am Ende mit der CDU  
 1391 koaliert wird.

1392  
 1393 Wir Jusos fordern traditionell *Inhalte statt Köpfe* und erwarten, dass die  
 1394 sozialdemokratischen Inhalte auch in Thüringen erstritten werden. Ein „geht nicht, die CDU  
 1395 ist dagegen“ werden wir nicht mehr hinnehmen. Die Wähler schenken der großen  
 1396 Volkspartei SPD nicht eine Mehrheit, damit sie anschließend an den Katzentisch der CDU  
 1397 zurückkriecht.

1398

**H3**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

[ ] angenommen  
 [ ] abgelehnt  
 [ ] überwiesen an:

1399

#### 1400 **Landesausschuss als Vernetzungs- und Kontrollgremium**

1401 Wir fordern den Landesausschuss der Jusos Thüringen auf, die Grundlage dafür zu  
 1402 schaffen, dass das Gremium als Vernetzungs- und Kontrollgremium fungieren kann. Von  
 1403 dem Landesvorstand der Jusos Thüringen erwarten wir eine entsprechende Unterstützung  
 1404 für dieses Gremium. Die Kreisverbände fordern wir auf das Gremium zur Vernetzung, zum  
 1405 Austausch und zur Kontrolle der Arbeit des Landesvorstandes zu nutzen.

#### 1406 **Begründung erfolgt mündlich**

1407

**H4**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

[ ] angenommen  
 [ ] abgelehnt  
 [ ] überwiesen an:

1408

#### 1409 **Partizipation macht Spaß – Eine gemeinsame Stimme haben**

1410 Wir fordern von uns allen, den Jusos Thüringen und insbesondere von den gewählten  
 1411 Vertreter\_innen in Parteiämter und Genoss\_innen, die Mandate in Kreis- oder Stadträten  
 1412 bekleiden, dass wir unserer politischen Arbeit mehr auf Kooperationen mit anderen  
 1413 Jugendverbänden, Jugendgruppen, Initiativen und Gewerkschaften ausrichten und unsere  
 1414 Politik, also unsere Forderungen, Positionen und Ziele, über Bündnisse organisieren und  
 1415 diese Bündnisse als Jusos leiten wo wir können oder zumindest unterstützen wo wir können  
 1416 und so ernst nehmen wie sie es verdienen. Wir wollen Politik mit Menschen machen, die mit  
 1417 uns gemeinsame Ziele, Werte und Ideale vertreten, davon gibt es genug, wir müssen nur  
 1418 wollen und umdenken.

1419

1420

1421 **Begründung erfolgt mündlich****H5**

Antragsteller: Juso Schüler\_innen Thüringen

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1422

1423 **Abschaffung des Berufsbeamtentums**

1424 Das deutsche Beamtentum gehört abgeschafft.

1425 Begründung:

- 1426 - Das deutsche Beamtentum ist ein Relikt aus der biederen, preußischen  
1427 Vergangenheit.
- 1428 - Beamten (meist konservativ und monarchistische gesinnt) wirkten als königs- und  
1429 staatsstreue Verwaltungsbeamte, die den Staatsapparat ohne verfassungsrechtliche  
1430 Grundlage am laufen hielten. Diese Verwaltung sollte eine Verfassung ersetzen.
- 1431 - Noch heute artikuliert sich diese verpflichtende Staatstreue z.B. im Streikverbot für  
1432 Beamte (vor kurzem durch das Leipziger Bundesverwaltungsgericht bestätigt), was  
1433 eine Einschränkung der Grundrechte bedeutet.
- 1434 - Beamte beteiligen sich nicht an der Finanzierung der gesetzlichen  
1435 Sozialversicherungen, was in einer offensichtlich alternden Gesellschaft finanziell  
1436 nicht mit steigenden Ausgaben z.B. in der Rente zu vereinbaren ist. Das ist  
1437 unsolidarisch und verletzt das Solidaritätsprinzip des Sozialstaats.
- 1438 - Jährlich gibt der Staat 26 Mrd. € für Beamtenpensionen aus. Diese verteilen sich auf  
1439 772 000 Pensionäre. Zeitgleich zahlt die Deutsche Rentenversicherung für 20.6 Mio.  
1440 Rentner jedoch nur 216 Mrd. € (d.h. fast 3-mal so viel pro Pensionär, wie für einen  
1441 Rentner).
- 1442 - Außerdem steigt die Zahl der Beamten stetig an, was nicht für eine  
1443 Entbürokratisierung des Landes stehen kann.
- 1444 - Gleichzeitig stehen einige Beamte durch ihre Pensionen im Gehaltsvergleich besser  
1445 dar, als zahlreiche Berufstätige. Dies widerspricht der sooft beschworenen Formel  
1446 „Leistung muss sich wieder lohnen“, da jemand, der nicht mehr arbeitet, nicht die  
1447 gleiche Leistung erbringt, wie jemand, der noch arbeitet. Außerdem ist der  
1448 Unterschied des Rentenniveaus zwischen 73% (Pension) und 47,5 % (Rente) des  
1449 letzten Bruttolohns zu drastisch und ungerecht. In Folge dessen liegt die Pension  
1450 eines Beamten fast doppelt so hoch, wie eine durchschnittliche Rente.
- 1451 - Die praktische Unkündbarkeit ermöglicht Beamten eine gewisse Narrenfreiheit.

1452

1453

1454

1455

1456



**I1**

Antragsteller: Kreisverband Weimar

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1457

1458 **Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sind keine sicheren Herkunftsstaaten!**

1459 Vor wenigen Wochen hat die Schwarz-Rote Koalition einen weiteren Vorschlag zur Auf-  
 1460 weichung des Asylrechts gemacht. Darin enthalten ist die An-erkennung von Serbien,  
 1461 Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten. Die Begründung dafür  
 1462 seien besonders hohe Zahlen von Asyl-anträgen in Deutschland aus diesen Staaten.  
 1463 Außerdem sollen die Kommunen, zu deren Aufgabe die Unterbringung von Flüchtlingen  
 1464 gehört entlastet werden. Dazu kommt, dass EU-Beitrittskandidat\*innen angeblich fähig  
 1465 seien, ihre Minderheiten zu schützen.

1466 Es wird ignoriert, dass Roma und Sinti in diesen Staaten immer noch Opfer von Hetz-Kam-  
 1467 pagnen sind und diskriminiert werden. In diesen Ländern leben Sinti und Roma teil-weise in  
 1468 in-offiziellen Siedlungen ohne Strom- und Wasserversorgung. Laut der Europäischen  
 1469 Kommission gegen Rassismus und Intoleranz verdienen sie als Ange-stellte 48% weniger  
 1470 und es gibt getrennte Klassen für Kinder dieser Volks-gruppen. Sinti und Roma sind regel-  
 1471 mäßig Opfer von rassistischen Über-griffen.

1472 Wir fordern deswegen:

- 1473 • Die Ein-stufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Her-  
 1474 kunftsstaaten muss zurückgenommen werden
- 1475
- 1476 • Die Diskriminierung der Sinti und Roma muss gestoppt werden. Die Bei-  
 1477 trittsverhandlungen mit diesen Ländern soll solange auf Eis gelegt werden, bis diese  
 1478 Programme zum Schutz von Europas größter Minderheit aufgelegt haben. Die EU  
 1479 soll diese Staaten aktiv bei der Finanzierung und Durch-führung dieser Programme  
 1480 unterstützen
- 1481
- 1482 • Das Asyl-recht muss ernst genommen werden. Deutschland profitiert von  
 1483 Rekordsteu- ereinnahmen. Diese sollten dafür genutzt werden, die Kommunen bei  
 1484 der Unter-bringung der Flüchtlinge zu unterstützen.
- 1485

**J1**

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1486

1487 **Gesellschaftliche Emanzipation statt Totalüberwachung im digitalen Zeitalter**

1488

1489 Die Jusos Thüringen fordern:

1490

- 1491 • Den konsequenten Netzausbau der unterschiedlichen Übertragungstechniken

1492

- 1493 • Die Digitalisierung und Veröffentlichung von gesellschaftlich relevanten  
1494 Informationen und Daten
- 1495
- 1496 • Den kostenfreien W-Lan Internetzugang auf öffentlichen Plätzen und im Fern- und  
1497 Nahverkehr
- 1498
- 1499 • Die Wahrung der Netzneutralität und kein Internet der zwei Geschwindigkeiten
- 1500
- 1501 • Die konsequente Wahrung des Richtervorbehalt für das Sammeln, Speichern und  
1502 Auswerten von Daten
- 1503
- 1504 • Die gesetzlich vorgeschriebene Löschung von persönlichen Daten im Internet nach  
1505 einer Karenzzeit oder nach ausdrücklichen Wunsch der Person
- 1506
- 1507 • Die Konsequente Durchsetzung des Verbots der Erhebung und Weitergabe von  
1508 personengebunden Daten ohne Zustimmung
- 1509
- 1510 • Die Einführung von Sanktionen bis hin zu Tätigkeitsverboten für Firmen, die diese  
1511 Datenschutzregeln brechen
- 1512

### 1513 **Begründung:**

1514

1515 Spätestens seit den Enthüllungen über die Tätigkeiten der Geheimdienste sind die  
1516 Verheißungen, aber auch die Gefahren der digitalen Revolution in den Blickpunkt der  
1517 Öffentlichkeit geraten. Um das vom Verfassungsgericht entwickelte Grundrecht auf  
1518 informationelle Selbstbestimmung in die Tat umzusetzen, bedarf es noch weitreichender  
1519 gesellschaftlicher Veränderungen.

1520

1521 Aktuelle Datenschutzbestimmungen sind veraltet und stammen teilweise aus Zeiten, in  
1522 denen die Vernetzung von Universitäten, Forschungseinrichtungen und militärischen  
1523 Großrechnern noch in den Kinderschuhen steckte. Um beispielsweise zu erwirken, dass  
1524 jede Person von Behörden und Firmen erfragen kann, welche Information über sie  
1525 gespeichert sind und deren Löschung beantragen kann, bedarf es neuer Rechtsprechung  
1526 auf nationaler, europäischer und weltweiter Ebene.

1527

1528 Neben der Gefahr des gläsernen Menschen, der im digitalen Zeitalter seine Privatsphäre  
1529 und damit elementare Grundrechte verliert, muss gleichzeitig eine „digitale  
1530 Klassengesellschaft“ verhindert werden. Der freie Zugriff zu Informationen darf nicht  
1531 eingeschränkt werden, etwa durch die Priorisierung von finanzkräftigen Organisationen bei  
1532 der Übertragung von Daten. Gesellschaftliche Teilhabe muss auch in diesem Bereich allen  
1533 Menschen gleichermaßen möglich sein.

1534

1535 In einigen Ländern wird dies beispielsweise durch den flächendeckenden und kostenfreien  
1536 W-Lan-Zugang realisiert. Bestehende Infrastruktur an öffentlichen Plätzen und Universitäten  
1537 könnte dazu genutzt werden. Politische Diskussionen und Teilhabeprozesse sowie der  
1538 Informationsaustausch zwischen Staat, Gesellschaft und Bürger\_innen kann durch den  
1539 verstärkten Einsatz und die breite Verfügbarkeit der neuen Technologien einen erheblichen

1540 Schub erhalten und somit demokratische Prozesse stärken. Dokumente vom  
 1541 demokratischen Willensbildungsprozess, aus öffentlichen Bibliotheken und anderen  
 1542 Einrichtungen sollten daher konsequent online verfügbar sein. Anstelle der Angst vor  
 1543 möglichen Gefahren und den aussichtslosen Versuchen autoritärer Staaten, das dezentral  
 1544 organisierte Internet zu zensieren oder temporär abzuschalten, können die neuen  
 1545 Möglichkeit konstruktiv zur gesellschaftspolitischen Umgestaltung genutzt werden.

1546

**K1**

Antragsteller: Kreisverband Weimar

[ ] angenommen  
 [ ] abgelehnt  
 [ ] überwiesen an:

1547

### 1548 **Ewige Juso Mitgliedschaft für den Strategen Torsten Zern**

1549 Aufgrund seiner Verdienste für den Landesverband der Jusos Thüringen soll Torsten Zern  
 1550 die Ewige Mitgliedschaft der Jusos Thüringen erhalten und den Titel „Ehrenstrategen der  
 1551 Jusos-Thüringen“ verliehen bekommen. Als Ewiges Mitglied genießt Torsten volles Stimm-  
 1552 und Rederecht in seinem Landes- und Kreisverband und kann von diesen weiterhin als  
 1553 Delegierter zu Juso-Veranstaltungen entsandt werden.

1554 Der *Strategie* ist ein *Klippenkotzer*, denn er stammt ursprünglich aus Schwerin. Für viele  
 1555 Menschen ist er der Grund, weshalb sie blaue Flecken auf den Oberarmen haben. Alle jene  
 1556 die denken, der *ist doch so alt, wie die Kohle*, haben nicht ganz Unrecht, denn Torsten hat  
 1557 damals schon *die Wartburg mitaufgebaut*. Er studiert *Knastologie und Gitterkunde* in Weimar  
 1558 und isst am liebsten *gesprengtes Huhn* oder *halbes Schwein auf Toast*. *Klingonisch, ist aber*  
 1559 *so*.

1560 Wenn er nicht gerade mit *der Möhre* zu irgendwelchen Veranstaltungen zur Hochschulpolitik  
 1561 oder gegen *die Nasen* unterwegs ist freut er sich stets, wenn man ihm noch *ein Diesel*  
 1562 *zusammenrühren* kann. Wenn das nicht geht hat er meist selbst eine Flasche *Plörrbräu*  
 1563 dabei, dessen Deckel mit einem „*Das muss plöppen*“ durch den Raum geballert wird. Wenn  
 1564 er dann mit einem „*Prost, der Vorstand saeuft*“ sein Getränk leert und sich *ein zweites Loch*  
 1565 *in den Hintern freut*, kommt er richtig in Fahrt wenn er die neuesten Geschichten vom  
 1566 *Brauseklaus* oder seine Tischgenoss\*innen mit *deine Mutter...* *Sprüchen* amüsiert. Dabei  
 1567 kann man schon mal schnell ins Husten und Prusten geraten und wie der Strategie sagen  
 1568 würde, *holen wir dabei heute wieder das Beste aus uns raus!* Aber nicht zu laut, denn *psst,*  
 1569 *die Kinder schlafen*.

1570 Mit einem „*grüßt die Hühner*“ und *kommt gut aufs Gehöft*“ verabschiedet er sich dann. Auf  
 1571 ihn wartet dann meist schon *sein Schreibtisch, der stets wie „Dresden '45“ aussieht*. Nun  
 1572 sind endlich *alle Klarheiten beseitigt* und *für jede Lösung wurde ein Problem gefunden*. Nach  
 1573 dem Motto *gelacht, gelocht, geheftet* kann dieser Antrag *hinter den Spiegel geklebt* werden.  
 1574 *Schreibt ihm doch mal ein Kärtchen*, er würde sich freuen!

1575

**K2**

Antragsteller: Kreisverband Erfurt

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1576

1577 **Alles was ich will - Mehr Schweinebäuche für Alle**

1578 Wir fordern mehr Schweinebäuche für die Jusos in Thüringen und die Menschen in diesem  
1579 Bundesland.

1580 **Begründung erfolgt mündlich**

1581

**K3**

Antragsteller: Kreisverband Jena

 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an:

1582

1583 **Echte Bratwurst in die Staatskanzlei!**

1584

1585 Thüringen wird in erster Linie durch seine/n Ministerpräsident\_in repräsentiert. Diese\_r muss  
1586 glaubwürdig die Lebensweise und das Kulturgut unseres Freistaates verkörpern. Daher  
1587 fordern wir eine offizielle Fremdbratwursterkennungskompetenz der Regierungsspitze. Nur  
1588 wer zweifelsfrei eine originale Thüringer Bratwurst von einem auswärtigen Produkt am  
1589 Geschmack unterscheiden kann, ist der Staatskanzlei würdig.

1590